

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Oktober 2019

FINANZKRISEN

Neue Abwärtsspiralen
in Argentinien und
Simbabwe

AMAZONAS

Brände machen auf
die Bedrohung des
Regenwalds aufmerksam

GENDER

Südafrikas Gesellschaft
bereitet Jungen nicht gut
auf Verantwortung vor



Glaube und Politik

Monitor

Wissenschaftler fordern mehr Geld für Flüchtlingshilfe | Afrikanische Diaspora in Deutschland leistet wertvolle Arbeit | Heutzutage: Juristischer Erfolg für Indigene im Amazonasgebiet von Ecuador | Impressum

4

Debatte

Kommentare zur Wirtschaftskrise in Simbabwe und der Situation in Argentinien und Burundi vor den jeweiligen Präsidentschaftswahlen

8

Tribüne

SONWABISO NGCOWA

Südafrikas Gesellschaft bereitet Söhne nicht gut auf die Zukunft vor

11

CARMEN JOSSE

Gewaltige Brände im Amazonasgebiet haben Menschen weltweit auf die Bedrohung des Regenwaldes aufmerksam gemacht

12

Schwerpunkt: Glaube und Politik

CARLOS ALBUQUERQUE

Brasilien's Präsident Jair Bolsonaro stützt sich auf konservativ-christliche Wähler

16

SAMIR ABI

Religiöser Pluralismus sichert sozialen Frieden in Afrika

18

LAWRENCE KILIMWIKO

Religionsführer fordern die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in Tansania

20

BERTHOLD WEIG

Die deutsche Entwicklungspolitik will religiöse Akteure als Partner gewinnen

21

INTERVIEW MIT ULRICH NITSCHKE

Religionen können machtpolitisch missbraucht werden, aber auch zur Erreichung universeller Ziele beitragen

23

ANUPAMA RANAWANA-COLLIE UND ARJUNA RANAWANA

In Sri Lanka will Ex-Präsident Mahinda Rajapaksa mit Hilfe radikaler Buddhisten zurück an die Macht

25

MAYSAM BEHRAVESH

Weshalb islamischer Fundamentalismus Iran und Saudi-Arabien trennt

28

JONATHAN BRENNEMAN

Evangelikale Organisationen bilden heute die eifrigste Israel-Lobby in den USA

30

BENJAMIN BALTHASER

Was Trump und Netanyahu verbindet

31

HANS DEMBOWSKI

Fachliteratur zum politischen Islam und zum indischen Hindu-Nationalismus

33, 35

SCHWERPUNKT

Glaube und Politik

Spiel mit Identität

Jair Bolsonaro wurde von evangelikalen Christen, aber auch von vielen Katholiken zum brasilianischen Präsidenten gewählt. Warum, erklärt Carlos Albuquerque von der Deutschen Welle. **SEITE 16**

Religiöser Pluralismus

Seit der Ausbreitung von Christentum und Islam in Afrika praktizieren viele Menschen eine Mischung religiöser Praktiken, erklärt Samir Abi, der für eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo arbeitet. Wer auf Dogmatik besteht, schüre tendenziell Konflikte. **SEITE 18**

Entwicklung und Glaube

In Tansania haben sich Führer verschiedener Religionen Gedanken über die richtige Wirtschaftsordnung gemacht und setzen sich nun für die soziale Marktwirtschaft ein, berichtet der Journalist Lawrence Kilimwiko. Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Religionsgemeinschaften als Partner einschätzt, erläutert Berthold Weig vom zuständigen Referat. Sein GIZ-Kollege Ulrich Nitschke, der das Sekretariat eines Netzwerks staatlicher, religiöser und zivilgesellschaftlicher Institutionen leitet, erklärt, wie Religionen zur Erreichung universeller Ziele beitragen können. **SEITEN 20, 21, 23**

Politischer Machtfaktor

Bei Wahlen im Dezember entscheiden die Sri Lanker, ob sie in einer buddhistischen Theokratie leben wollen oder in einem offenen Land mit Religionsfreiheit, schreiben die Theologin Anupama Ranawana-Collie und der Journalist Arjuna Ranawana. Um die hochgefährlichen Spannungen am Persischen Golf abzubauen, müssten Iran und Saudi-Arabien ihre konfessionellen Unterschiede akzeptieren, urteilt der Politikwissenschaftler Maysam Behravesch. **SEITEN 25, 28**

Israel lieben, aber Juden hassen

Unter den Evangelikalen in den USA gibt es viele christliche Zionisten. Sie sind Trump-Wähler und denken vielfach antisemitisch, erläutert Jonathan Brennenman. Der Menschenrechtsaktivist ist ein amerikanischer Christ palästinensischer Herkunft. Benjamin Balthaser, Anglistikprofessor an der Indiana University, beschreibt, wie er selbst und viele andere amerikanische Juden Trump und seine Verbindung mit Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu sehen. **SEITEN 30, 31**

Gemeinsame Grundlagen

In der Politik lässt sich Religion auf zwei Weisen einsetzen. Manche Politiker behaupten, in göttlichem Auftrag zu handeln, während andere lediglich die ethischen Regeln ihres Glaubens betonen. Erstere sind gefährlich und handeln letztlich undemokratisch. Sie grenzen nämlich nicht nur alle aus, die ihr jeweiliges Bekenntnis nicht teilen, sondern beanspruchen obendrein ein höheres Mandat als das gewählter Gesetzgeber. Die zweite Vorgehensweise entspricht dagegen der Demokratie. Sie richtet sich an alle und betont typischerweise das Gemeinwohl.

Wir leben in turbulenten Zeiten. Rechtspopulisten haben rund um die Welt Boden gewonnen. Viele von ihnen – jedoch nicht alle – manipulieren religiöse Einstellungen. Zu den prominenten Beispielen gehören Narendra Modi in Indien und Jair Bolsonaro in Brasilien. Wer sich auf göttliche Autorität beruft, tut sich nun mal leichter damit, demokratische Normen und Verfassungsprinzipien außer Kraft zu setzen. Selbst US-Präsident Donald Trump, der sich nicht streng an christliche Werte hält, kümmert sich aufmerksam um evangelikale Wähler.

Solche Haltungen mit der von Papst Franziskus zu vergleichen ist aufschlussreich. Er tritt bescheiden auf und prahlt nicht. Er spaltet nicht, sondern akzeptiert andere. Seine Botschaft beruht auf der Bibel, aber er argumentiert so, dass er auch Menschen mit anderen Weltbildern erreichen kann.

Führungspersönlichkeiten vieler verschiedener Religionen handeln ähnlich. Auch Politiker können das. Im indischen Befreiungskampf mobilisierte Mahatma Gandhi, ein gläubiger Hindu, massenhaft zu gewaltfreiem, zivilem Ungehorsam. Sein weniger bekannter muslimischer Verbündeter Abdul Ghaffar Khan unterstützte ihn. Als US-Präsident Jimmy Carter, Israels Premierminister Menachem Begin und das ägyptische Staatsoberhaupt Anwar el-Sadat 1978 in Camp David Frieden schlossen, waren alle drei von ihrem Glauben inspiriert. Carter ist Protestant, Begin war Jude und el-Sadat Moslem.

Alle Weltreligionen predigen Frieden, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit. Weltweit gibt es Schulen und Krankenhäuser von Religionsgemeinschaften. Alle Glaubensrichtungen fordern Selbstbegrenzung, wie sie unter anderem für ökologische Nachhaltigkeit nötig ist. Lange arbeiteten Geberinstitutionen zwar in gewissem Maß mit Glaubensgemeinschaften zusammen, hielten sich aber grundsätzlich an einen missverstandenen Säkularismus, dem zufolge der Staat mit Religion möglichst nichts zu tun haben sollte. Besser interpretiert, erfordert Säkularismus aber die Äquidistanz zu Religionen, deren ethische Grundlagen in vielen Punkten übereinstimmen. Diese Gemeinsamkeiten können helfen, positiven gesellschaftlichen Wandel zu bewirken.

Religion prägt das Leben vieler Menschen – und zwar besonders in Entwicklungsländern. Ja, sie kann für Identitätspolitik missbraucht werden, aber es macht auch niemanden kooperativ, zu sehen, wie der eigene Glaube zurückgewiesen wird. Dagegen ist der Appell an gemeinsame Werte oft sinnvoll. Es ist also stimmig, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und andere Institutionen nun gezielt die Kooperation mit Religionsführern und Glaubensgemeinschaften suchen.

Unser Planet ist klein. Wenn wir Frieden wollen, müssen wir kooperieren – und das schließt Religionen ein. Das Motto der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung ist dabei anschlussfähig: Niemand darf zurückgelassen werden.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Fotos: Frommenwiler/picture-alliance/prisma, picture-alliance/Xinhua

Debatte



Noch ein ökonomischer Tsunami

Finanzminister Mthuli Ncube untersagt dem Statistikamt Simbabwe seit August die Veröffentlichung von Daten über Preissteigerungen. Das ist ein deutliches Zeichen einer Wirtschaftskrise, schreibt Journalist Jeffrey Moyo. Im Sommer betrug die Inflationsrate mehr als 170 Prozent.

SEITE 8

Tribüne



Amazonasgebiet in Gefahr

Gewaltige Waldbrände haben Menschen weltweit auf die Bedrohung des Regenwaldes in Südamerika aufmerksam gemacht. Der politische Hintergrund ist klar, schreibt Carmen Josse von der zivilgesellschaftlichen Denkfabrik Fundación EcoCiencia in Ecuador: Brasiliens neue Regierung hält nicht viel von Umweltschutz, indigenen Völkern und Rechtsstaatlichkeit.

SEITE 12

Abwesende Väter

Soziale Konventionen erwarten von Männern Härte und Durchsetzungsfähigkeit, traditionelle Rollen von fürsorglicher Vaterschaft gehen dabei oft verloren. Aufgrund der ökonomischen Situation haben Jungen in Südafrika wenige Perspektiven. Der Schriftsteller und Sozialwissenschaftler Sonwabiso Ngcowa schildert die Situation.

SEITE 11



**Überfülltes
Flüchtlingsboot auf
dem Mittelmeer vor
der libyschen Küste.**

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Mehr Geld besser einsetzen

Der Umgang mit Flucht und Migration ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Noch nie haben so viele Menschen ihre Heimat gezwungenermaßen oder freiwillig verlassen wie heute. Demgegenüber sinkt weltweit die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen. Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) plädiert dafür, die Finanzierung der Flüchtlingshilfe aufzustocken und die Gelder effizienter einzusetzen.

Von Sabine Balk

Die Aufnahme von Flüchtlingen und die Zuwanderung sind seit Jahren zentrale Streitthemen in der EU. Viele Staaten weigern sich, Verantwortung zu übernehmen und Flüchtlinge und Migranten aufzunehmen. Das behindert dauerhafte und kohärente Lösungen. Nicht viel anders sieht es auf UN-Ebene aus. Es gibt zwar zwei Globale Pakte, einmal für Flüchtlinge und einmal für Migranten, von Dezember 2018, aber diese haben bislang nicht zu grundlegenden Verbesserungen geführt. „Auch die Finanzmittel für Flüchtlinge wurden nicht substanziell

erhöht“, bemängeln die Autoren der SWP-Studie (siehe auch Schwerpunkt im E+Z/ D+C e-Paper 2019/04).

Die Datenlage zur Finanzierung sei unzureichend und die bisherigen Zahlungen nicht exakt erfasst, denn in die Flüchtlingshilfe flößen sowohl Gelder der humanitären Hilfe als auch öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA). Klar ist aber laut der Studie, dass die vorhandenen Gelder den bestehenden Bedarf nicht ausreichend decken können. Und ohne ausreichende Finanzmittel „bleibt jede Flüchtlingspolitik wirkungslos“, resümieren die Wissenschaftler.

Sie raten dazu, verschiedene Finanzierungsquellen und Instrumente zu erschließen, diese zu kombinieren und parallel anzuwenden. Zuvor müsse die ODA gesichert sein, was bedeute, dass alle Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) das Ziel einhalten sollten, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für ODA aufzuwenden. Deutschland könne mit gutem Beispiel vorangehen und seine Leistungen erhöhen.

Weiteres Potenzial zur Erschließung neuer Mittel sehen die Autoren in der sogenannten Mischfinanzierung, auch Blending genannt. Dabei werden öffentliche Gelder, die für Entwicklung bestimmt sind, mit privaten oder staatlichen Krediten kombiniert. Private Geldgeber investieren also in öffentliche Güter. Ein Beispiel ist ein 2017 neu aufgelegter Fonds, der European Fund for Sustainable Development, der von der Europäischen Kommission verwaltet wird.

Entwicklungsbanken und internationale Finanzinstitutionen arbeiten bereits seit Jahren mit dieser „Hebelung“ öffentlicher Mittel. Bislang, so die Studie, sei es allerdings umstritten, ob und in welchem Maß Mischfinanzierung tatsächlich zu Armutsreduzierung und nachhaltiger Entwicklung beiträgt. Problematisch sei an solchen Instrumenten, dass Geldgeber bei dieser Art von Investition keine ausreichenden Renditen sehen.

Ein weiteres wichtiges Instrument, um die Mittel für Flüchtlingshilfe aufzustocken, sehen die Autoren darin, konzessionäre Darlehen und Zuschüsse zu erweitern. Dies sind öffentlich geförderte Kredite von Entwicklungsbanken zu vergünstigten Bedingungen. Derartige Kredite werden bisher nur an Länder mit niedrigem Einkommen ausgezahlt. Ein großer Teil der Flüchtlinge wurde aber von Ländern mittleren Einkommens wie Jordanien oder dem Libanon

aufgenommen. Deshalb hat auch innerhalb der Weltbank ein Umdenken stattgefunden, und diesen Ländern wurde angesichts der Syrienkrise mit konzessionären Krediten geholfen. Einen weiteren Vorteil dieser Kredite sehen die Autoren darin, dass sie sehr zielgerichtet – etwa in der Flüchtlingshilfe – unterstützen können.

Eine wichtige Methode zur Finanzierung von humanitärer Hilfe sind zusammengelegte Mittel, so genannte „Pooled Funds“. Dabei zahlen mehrere Geber in einen Fonds ein, der von einer internationalen Organisation verwaltet wird. Damit können humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Maßnahmen besser verzahnt werden. Hierin sehen die Autoren Potenzial, das weiter ausgeschöpft werden sollte.

Seit ein bis zwei Jahrzehnten sind „neue“ Geber wie China, Brasilien, Indien oder Russland auf den Plan getreten. Die etablierten OECD-Staaten stehen ihnen

mit Skepsis gegenüber. Die SWP-Experten sehen in Dreiecksoperationen zwischen OECD-Ländern, neuen Gebern und Entwicklungsländern aber einen „vielversprechenden Ansatz“ (siehe dazu Beitrag von Luiz Ramalho et al. im Schwerpunkt, E+Z/D+C e-Paper 2019/7). So könnten die Finanzmittel der reichen Länder mit der Expertise der neuen Geber etwa in der Armutsreduzierung kombiniert werden. OECD-Länder sollten nach Ansicht der Autoren auch Kooperationen mit philanthropischen Geldgebern eingehen, die ebenfalls eine immer wichtigere Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung einnehmen.

MEHR EFFIZIENZ

Ein großes Problem sehen die Wissenschaftler darin, dass Geld in der Flüchtlingshilfe nicht effizient eingesetzt wird. Sie halten Transparenz und Rechenschaftspflicht bei

der Mittelvergabe und -verwendung für Voraussetzungen dafür. Um sie zu stärken, müsse die Eigenverantwortung und Partizipation der Aufnahmeländer gestärkt werden. So sollten lokale und nationale Organisationen der Flüchtlingshilfe nach Ansicht der Autoren mehr Mittel erhalten. Außerdem sollten die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen stärker in die Umsetzung der Maßnahmen eingebunden werden. Davon erhoffe man sich eine zielgerichtetere, kosteneffizientere und nachhaltigere Hilfe.

Insgesamt, so die Autoren, sei es ratsam, die Gelder „stärker bedarfsorientiert, nicht-zweckgebunden, mehrjährig und rechtzeitig“ zur Verfügung zu stellen.

LINK

Angenendt, S. et al., 2019: Mehr Flüchtlinge, unzureichende Finanzmittel.
https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S16_adt_EtAl.pdf

Bildung als zentrale Triebkraft

Die Zahl der Migranten hat 2018 laut UN einen Höchststand erreicht. Rund 258 Millionen Menschen leben in einem anderen Land, etwa 71 Millionen davon sind auf der Flucht. Der Großteil der Migranten wandert aus, um anderswo zu arbeiten. Eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung analysiert das globale Migrationsgeschehen in allen Weltregionen.

Ob Menschen auswandern, hänge von vielen Faktoren ab, schreiben die Autoren. Entscheidend seien der grundsätzliche Wunsch, das Leben zu verändern, die Suche nach Freiheit, Sicherheit und einem besseren Einkommen. Die meisten Menschen ziehen nur über kurze Distanzen um, oft innerhalb des eigenen Landes oder in Nachbarländer. Nur ein kleiner Teil der Menschen begeben sich in andere Weltregionen, etwa

nach Europa, betonen die Wissenschaftler.

Sie geben einen Überblick darüber, welche Faktoren Menschen zum Auswandern bewegen, und nennen als ersten Punkt ein großes Bevölkerungswachstum. Mit steigender Anzahl Menschen nehme die Konkurrenz um Nahrung, Wohnraum, Arbeitsplätze und so weiter zu. Dies betreffe vor allem Länder südlich der Sahara und Teile der MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika).

Bildung sei eine weitere entscheidende Triebkraft für Migration, schreiben die Autoren. Je höher der Bildungsstand, desto höher die Wahrscheinlichkeit, sich woanders ein neues Leben aufbauen zu können. In der Regel entschließen sich eher die besser Gebildeten abzuwandern. Den politischen Versuch, über Entwicklung „Fluchtursachen“ zu

bekämpfen, sehen die Forscher als nicht erfolversprechend. „Denn Entwicklung und bessere Einkommensmöglichkeiten versetzen zunächst einmal mehr Menschen in die Lage, eine Wanderung zu organisieren und zu finanzieren.“ Längerfristig habe Bildung aber migrationsdämpfende Effekte. Der Wunsch nach wirtschaftlicher Verbesserung sei auch ein Faktor für Migration. Die Wanderungswahrscheinlichkeit über Landesgrenzen hinweg steige aber erst ab einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Jahr von umgerechnet 2000 Dollar – ein Wert, den die ärmsten Länder gar nicht erreichten.

Weitere Triebkräfte für Migration beziehungsweise Flucht seien Konflikte und politische Faktoren sowie Umweltveränderungen, durch die sich die Lebensverhältnisse stark verschlechtern. Zwei weitere migrationsfördernde Aspekte sind nach Analyse der Wissenschaftler Netzwerke in der Diaspora sowie die Migrations-

politik eines Landes. Bereits abgewanderte Menschen, die Netzwerke in den Aufnahmeländern bilden, zögen weitere Migranten an. Auch die Politik von Ländern gegenüber Einwanderern fördere oder hemme die Zuwanderung. Seit die EU sich im Zuge einer größeren Flüchtlingswelle 2015 zu einem abweisenden Kurs entschlossen habe, sei die Zahl der Schutzsuchenden deutlich gesunken.

Laut Umfragen könnten sich 750 Millionen Menschen – das sind 15 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung – vorstellen, in ein anderes Land zu ziehen. Am höchsten war der Migrationswunsch mit 33 Prozent in den Ländern Subsahara-Afrikas. (sb)

LINK

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2019: Europa als Ziel? Die Zukunft der globalen Migration.
https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Europa_als_Ziel/Europa_als_Ziel_online.pdf

DIASPORA

„Wir sind die Aufnahmegesellschaft“

Diaspora-Organisationen für afrikanische Menschen in Deutschland leisten wertvolle Arbeit in Bezug auf Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten. Sie fordern, dass die Politik dies anerkennt und wertschätzt. Menschen in der Diaspora haben aber auch eine enorme Bedeutung für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer.

Von Sabine Balk

„Menschen verlassen ihre Heimat nicht, weil sie in Deutschland so gern von Hartz IV leben wollen, sondern sie verlassen ihre Heimat aus echter Not.“ Dies macht Tzehaie Semere, Projektreferent beim Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN Hessen), deutlich. Seine Organisation unterstützt Migranten- und Diaspora-Organisationen mit Beratung, Projektentwicklung und Vernetzung. Semeres Ziel ist es, die Organisationen zu stärken und ihren politischen Einfluss zu vergrößern.

Denn das sei dringend nötig, meint der Projektreferent angesichts steigender Ausländerfeindlichkeit in Deutschland und immer höherer Wahlergebnisse der AfD. Migranten und Migrantinnen müssten medial viel sichtbarer werden und über ihre Lebensverhältnisse, Motivationen und Ziele im Leben berichten, meint Semere und wird dabei von vielen Diaspora-Vereinen unterstützt wie etwa von Maisha, einer Selbsthilfegruppe afrikanischer Frauen in Deutschland.

Die Geschäftsführerin ist Virginia Wangare Greiner, eine kenianische Sozialarbeiterin, die bereits seit 1986 in Deutschland lebt und 2006 das Bundesverdienstkreuz erhielt. Sie kennt die Sorgen und Nöte, aber auch die Wünsche und Träume ihrer afrikanischen Mitbürgerinnen sehr genau. Maisha berät mittlerweile nicht nur afrikanische Frauen in Fragen der Migration, Integration oder Rückkehr, sondern der Verein betreibt im Auftrag der Stadt Frankfurt auch eine humanitäre Sprechstunde, in der alle Menschen in Frankfurt ohne Krankenversi-

cherung und Papiere beraten und behandelt werden.

Wangare Greiner wünscht sich, dass sich die Migranten emanzipieren und ihren Platz in der deutschen Gesellschaft selbstbewusst einnehmen. Sie fordert aber auch mehr staatliche Programme, die auf die Förderung von Migrantenorganisationen aus-

Mit dem Geld aus Europa bauen sich die Familien vor Ort häufig kleine Geschäfte auf und unterstützen so die Volkswirtschaft ihrer Länder. Auch das werde nicht genügend honoriert, bedauert Wangare Greiner: „Wir wollen von der Politik als Geldgeber auf Augenhöhe angesehen werden.“

Maisha hilft in den Herkunftsländern nicht nur mit Geld, sondern hat seit kurzen auch ein Büro in Ghana, wo der Verein Rückkehrerinnen konkret mit Rat und Tat vor Ort unterstützt. „Wir helfen den Frauen mit Mikrokrediten und Beratung dabei, kleine Unternehmen und Manufakturen aufzubauen, damit sie sich eine Perspektive schaffen können.“ Die Produkte, die die Frauen herstellen, sollen bald über einen Online-Shop auch in Deutschland verkauft werden.



Virginia Wangare Greiner vom Verein Maisha wurde bereits auf höchster politischer Ebene wahrgenommen: hier im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Integrationsgipfel 2018 im Bundeskanzleramt.

gerichtet sind sowie strukturelle Förderung wie Räume oder Ausstattung. Sie betont auch die Bedeutung von Migranten für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer: „Die Entwicklungspolitik hat erst in den letzten Jahren erkannt, wie wertvoll zum Beispiel unsere Rücküberweisungen für Afrika sind.“ Diese Geldtransfers, die sogenannten Remittances, übertreffen laut Weltbank schon seit langem die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe um das Drei- bis Vierfache.

Grundsätzlicher Tenor der afrikanischen Organisationen ist es, dass sie Ausgrenzung und Rassismus den Kampf ansagen und dass ihre Leistungen sichtbar werden sollen. Einen kaum kommunizierten Aspekt hebt Semere von EPN noch hervor: „Wohin gehen Flüchtlinge und Migranten denn, wenn sie nach Deutschland kommen?“ Sie gingen nicht in deutsche Familien, sondern zu den Familien und Gruppen ihrer Landsleute. Das bedeute also: „Wir sind die Aufnahmegesellschaft!“, betont Semere.

Angestammtes Land beschützen

Das Volk der Waorani im Amazonasgebiet von Ecuador hat einen wegweisenden juristischen Erfolg erzielt. Doch ihr Kampf, in dem sie ihr Territorium gegen die Ausbeutung von Rohstoffen verteidigen, ist noch nicht vorbei.

Die Waorani haben unter anderem das Energie- und das Umweltministerium wegen Verletzung ihrer Rechte verklagt. Sie warfen den Verantwortlichen vor, dass der Beratungsprozess im Vorfeld der internationalen Ausschreibung ihres Landes für die Ölförderung mangelhaft war.

In den vergangenen 20 Jahren hat Ecuador einen großen Teil seines Amazonaswaldes in Abschnitte unterteilt, um Förderrechte – vor allem für Öl – in internationalen Auktionen zu verpachten. Öl spielt für die Wirtschaft des Landes eine große Rolle: Es trug wesentlich zum Wachstum zwischen 2006 und 2014, vor dem Zusammenbruch des Ölpreises, bei. Andererseits hatte die Ölförderung negative Auswirkungen für die indigenen Gemeinschaften im Amazonas-Regenwald, etwa durch Verschmutzung und Vertreibung.



Sowohl nach internationalem als auch nach nationalem Recht muss vor jeder Förderung von Rohstoffen auf oder in der Nähe von Land, das indigenen Gruppen gehört, ein freier und transparenter Beratungsprozess durchgeführt werden. 2012 führte ein solcher Beratungsprozess mit den Waorani und anderen indigenen Gruppen, der allerdings die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umwelt komplett ausklammerte, zur Aufteilung des ecuadorianischen Amazonaswaldes in 16 Abschnitte für die Ölförderung.

Laut Nemonte Nenquimo, einem der Waorani-Kläger und Vertreter der Organisation CONCONAWEP, die sich politisch für die Interessen der Waorani einsetzt, war der Beratungsprozess wertlos. „Wir sind vor Gericht gezogen, damit niemand wegen Öl in unser Land eindringen kann“, erklärt er. „Wir wollen unser Land und unseren Dschungel retten. Sie sind das Erbe unserer Kinder.“

Nach dem Gerichtsurteil zugunsten der Waorani wurden 52 Förderrechte entlang dem Fluss Aguarico zurückgezogen. Das schützt mehr als 2000 Quadratkilometer Land der Waorani.

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Amazon Frontlines, die die Waorani juristisch unterstützt hatte, stellt das Urteil „einen unschätzbaren Präzedenzfall für andere indigene Völker im ecuadorianischen Amazonasgebiet“ dar. Das Energieministerium will allerdings in Berufung gegen die Entscheidung gehen.

Unterdessen geht der Kampf der Waorani weiter. Sie haben regelmäßige Proteste in der Hauptstadt Quito organisiert und kürzlich die weltweite Kampagne „Waorani Resistance“ gestartet, mit der sie eine halbe Million Menschen dazu bringen wollen, eine Erklärung zum Schutz des Regenwaldes zu unterschreiben.

LINK

Amazon Frontline – Waorani Resistance:
<https://waoresist.amazonfrontlines.org/>



ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin und
Fotografin. Sie lebt in
Neu-Delhi und war vor
kurzem als Rotary Peace

Fellow in Ecuador.

roli.mahajan@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk, Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar, Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

INFLATION

Noch ein ökonomischer Tsunami

Finanzminister Mthuli Ncube untersagt dem Statistikamt Simbabwe seit August die Veröffentlichung von Daten über Preissteigerungen. Das ist ein deutliches Zeichen einer Wirtschaftskrise. Im Sommer betrug die Inflationsrate mehr als 170 Prozent.

Von Jeffrey Moyo

Derart schnell steigende Preise lassen Ersparnisse dahinschmelzen und verschlimmern Armut. Vor einem Jahrzehnt war die Inflationsrate höher und stieg auf das astronomische Niveau von mehr als 200 Millionen Prozent. Der Staat bekam das Problem nur durch Aufgabe der nationalen Währung in den Griff. Premierminister Morgan Tsvangirai führte den US-Dollar als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Er regierte in einer prekären Koalition mit dem damaligen Präsidenten Robert Mugabe, dem kürzlich verstorbenen Autokraten und ehemaligen Anführer der Unabhängigkeitsbewegung.

Vor zwei Jahren stürzte das Militär Mugabe, weil er seine Frau Grace als Nachfolgerin durchsetzen wollte. Das missfiel vielen Spitzenleuten seiner Partei ZANU-PF. Sein Vizepräsident Emmerson Mnangagwa ist jetzt Staatschef.

Seit 2009 hat Simbabwe also keine eigene Währung mehr. Dennoch wachsen die Probleme wieder. In diesem Jahr hat die Regierung die Verwendung des Dollars verboten, denn er wurde schon seit geraumer Zeit immer knapper. Noch in Mugabes Amtszeit wurden deshalb staatliche Schuldscheine mit nominellen Dollarwerten ausgegeben. Echte Dollarnoten waren aber beliebter, weshalb der Wert der Schuldscheine stetig fiel. Später führte die Regierung eine digitale Währung namens RTGS Dollar ein. „RTGS“ steht für „real-time gross settlement“ (Begleichung in Echtzeit). An der Dollar-Aufwertung änderte das nichts.

Also untersagte die Regierung die Nutzung des Dollars und anderer ausländischer Währungen in Simbabwe – und verschärfte damit die Krise. Das Land erlebt nun einen weiteren Wirtschafts-Tsunami, der immer

weiter anschwillt. Die Menschen sind wütend; vielen fällt es schwer, sich auch nur Grundnahrungsmittel zu kaufen. Die Notlage macht internationale Schlagzeilen und schreckt Investoren ab. Derweil respektiert die Regierung die Menschenrechte immer weniger und versucht verzweifelt, die Lage in den Griff zu bekommen. Sie unterdrückt Proteste mit Gewalt, wobei Menschen getötet und verletzt werden.

Besonders bizarr ist, dass Simbabwe gar nicht recht wissen, welche Währung sie eigentlich verwenden sollen. Weder die

importiert werden, sodass ihre Dollar-Preise recht stabil sind. Folglich will niemand Zahlungsmittel akzeptieren, die nur im Inland gelten und deren Wert rasant verfällt.

Der Staat selbst nutzt selbstverständlich sein provisorisches Geld, sodass die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst ständig an Wert verlieren. Den Betroffenen wird immer wieder bessere Bezahlung versprochen, aber bis Anfang September war daraus nichts geworden. Für die Beschäftigten formal registrierter Firmen ist die Lage ähnlich hart.

Vor zehn Jahren brachte die Einführung des Dollars das Ende der Hyperinflation. In einer ähnlichen Situation fordert die Regierung heute dagegen den Verzicht auf den Dollar. Diese Politik ist wenig überzeugend. Der Ökonom John Robertson, der den Blog „Simbabwe Situation“ veröffentlicht,



Hyperinflation machte den alten Simbabwe-Dollar vor zehn Jahren wertlos.

Schuldscheine noch der RTGS-Dollar sind echte Währungen. Erstere gibt es auf Papier, der Letztere ist digital. Die Regierung hat ihre Ankündigung, einen neuen Simbabwe-Dollar einzuführen, bislang noch nicht wahrgemacht. Staatliche Stellen werten das provisorische Geld als gesetzliches Zahlungsmittel.

Trotz des Verbots werden US-Dollar und andere ausländische Währungen heimlich weiterverwendet. Sie sind beliebter als die heimischen Alternativen. Fast 90 Prozent der Beschäftigten arbeiten im informellen Sektor, in dem die Menschen zwar nicht viel Geld verdienen, der sich aber staatlicher Aufsicht weitgehend entzieht. Wichtig ist zudem, dass viele Konsumgüter

urteilt: „Der Wert einer Währung hängt von den Exporten und den Währungsreserven eines Landes ab – wir haben aber beides nicht.“ Das müsse sich ändern, um eine neue Währung zu ermöglichen. Der ehemalige Finanzminister Tendai Biti sieht das ähnlich: „Für eine neue Währung besteht keine Grundlage.“

Es sieht nicht so aus, als würden Simbawbes wirtschaftliche Schwierigkeiten bald enden.



JEFFREY MOYO
ist ein Journalist aus Harare.

moyojeffrey@gmail.com

WAHLEN

Neuer Präsident, alte Probleme

Argentinien wählt am 27. Oktober einen neuen Präsidenten. Der wird mit den alten Problemen konfrontiert sein: Rezession, Inflation, Auslandsverschuldung. Nötig wären Reformen, inklusive des politischen Systems.

Von Jorge Saborido

Im August fanden in Argentinien Vorwahlen statt. Das Ergebnis war überraschend: Amtsinhaber Mauricio Macri verlor klar gegen Alberto Fernández von der peronistischen Partei, der mit Macris Vorgängerin, Cristina Kirchner, als Vize ins Rennen geht. Vor vier Jahren hatte Macri vor allem dank der vielen Fehler und Skandale Kirchners gesiegt.

Allerdings steckt Argentinien nun schon wieder in einer tiefen Krise. Bei Wahlen hilft das in der Regel der Opposition – und zwar besonders dann, wenn die Mehrheit der Bürger stark belastet ist. Die Regierung kann Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht bedienen, und es erscheint unausweichlich, dass diese Regierung oder die nächste Verbindlichkeiten umstrukturiert. Zugleich verfällt der Wert der Währung. Macri bietet keine wirkliche Lösung und tut sich schwer, auch nur die unternommenen Anstrengungen zu erklären. Wenn kein klares Ziel in Sicht ist, reichen Appelle wie „Dies ist der einzige

Weg“ nicht aus. Also wendete sich bei den Vorwahlen ein großer Teil der Mittelschicht von Macri ab.

Derweil verdreht die Opposition die Geschichte zu ihren Gunsten. Fernández sagt im Wahlkampf gern, Néstor Kirchner habe das Land aus der Krise von 2001/02 geholt. Kirchner war der Ehemann und Amtsvorgänger von Cristina. Er regierte von 2003 bis 2007 und starb 2010. Fernández war sein Kabinettschef.

Fernández verkürzt die Realität um drei grundlegende Faktoren:

- Der Schuldenberg, der zur Krise von 2001/2002 geführt hatte, war unter der peronistischen Regierung von Carlos Menem entstanden.
- Néstor Kirchner kam an die Macht, als es nach der Staatspleite wirtschaftlich nicht mehr weiter abwärts gehen konnte. Danach war er nicht mehr an IWF-Auflagen gebunden (siehe meinen Aufsatz im Schwerpunkt von E+Z/D+C 2018/09).
- Unter Néstor Kirchner florierte die Wirtschaft dank der hohen internationalen Nachfrage vor allem nach Soja. Die gute Konjunktur wurde aber nicht für Strukturanpassungen genutzt.

Die Rohstoffnachfrage ist weltweit nun schwach. Unter der Regierung von Cristina Kirchner wuchs die Inflation, das Wirtschaftswachstum stoppte. So musste Macri wieder IWF-Hilfe beantragen. Dessen Forde-

rungen entsprechend hat er zwar den Staatshaushalt ausgeglichen, allerdings zu einem hohen Preis: hohe Auslandsverschuldung, niedrigere Gehälter im öffentlichen Dienst und Kürzungen von Sozialleistungen.

Die nächste Regierung wird also mit alten Problemen konfrontiert sein: Rezession, Inflation, Auslandsverschuldung, stark schwankende Wirtschaftsaktivität. Zusammen bilden sie Argentinien Grundproblem: Das Land ist unfähig, genug Geld einzunehmen, um seine Ausgaben zu decken. Néstor Kirchner hat diesbezüglich keinen echten Fortschritt erreicht. Er brachte nur zeitlich befristete Verbesserungen der Lebensbedingungen.

Nötig sind jetzt eine Steuerreform, eine Rentenreform und neue Impulse für das Bildungswesen. Argentinien braucht dafür ein neues Verständnis von der Rolle des Staates. Konservative wie Macri wollen ihn immer nur zurückstutzen, während die Peronisten gern so tun, als könnte er alles leisten.

Argentinien's politisches System ist dysfunktional. Seit Einführung der Demokratie im Jahr 1983 haben nur peronistische Regierungen ganze Amtszeiten durchgehalten. Ihre Partei ist ein Machtausübungsapparat, der seinen gewählten Nachfolgern stets so große Probleme hinterlässt, dass sie scheitern müssen. Das wiederum nutzen die Peronisten, um sich als einzige legitime politische Kraft darzustellen. Macri dürfte der erste nichtperonistische Präsident sein, der eine Amtszeit durchhält – wenn auch politisch stark beschädigt.

Fernández und Cristina Kirchner waren lange Gegner. Nun haben sie ihre Differenzen begraben, um wieder an die Macht zu kommen. Wenn die Zeit der Demokratie in Argentinien von politischer Instabilität und vor allem von wirtschaftlichem und sozialem Abstieg geprägt war, ist daran zweifellos vor allem der Peronismus schuld.

Trotzdem scheinen die Menschen ihm eine neue Chance geben zu wollen. Die Frage ist, ob es möglich ist, diese Dynamik zu verändern, die Argentinien für die ganze Welt zu einem Land gemacht hat, das fast permanent mit Niedergang assoziiert wird.



Anhänger von Alberto Fernández feiern seinen Sieg bei den Vorwahlen.



JORGE SABORIDO
ist beratender Professor für Geschichte an der Universität Buenos Aires.
jorge_saborido@hotmail.com

WAHLEN

Burundis Präsident verzichtet

In einem Klima der Anspannung bereitet sich Burundi auf die Wahlen im kommenden Jahr vor. Der Termin wurde auf den 20. Mai festgesetzt. An der Finanzierung des Urnengangs beteiligen sich Beamte und andere Bürger. Präsident Pierre Nkurunziza will nicht wieder antreten.

Von Mireille Kanyange

Vor allem die Beamten des Landes hatte Ende 2017 eine Verordnung des Finanz- und des Innenministeriums erschüttert, wonach sie sich finanziell an den Wahlen zu beteiligen hätten. Darin hieß es, ab Januar 2018 werde ein Teil der Beamtenbezüge zwei Jahre einbehalten. Dieses Geld wurde tatsächlich einbehalten, obwohl die Verordnung an anderer Stelle besagte, die Beteiligung an den Kosten des Urnengangs sei freiwillig.

Erleichterung machte sich breit, als Staatschef Nkurunziza vor einigen Wochen mitteilte, dass das nötige Geld für den Urnengang fast beisammen sei, und allen dankte, die sich daran beteiligt hatten. „Da die geleisteten Beiträge fast ausreichen, ist die weitere Beteiligung ausschließlich freiwillig“, sagte der Präsident am 30. Juni bei seiner Rede zum 57. Jahrestag der Unabhängigkeit Burundis.

SPANNUNGEN IM GANZEN LAND

Die Gesamtkosten der Wahlen im kommenden Jahr sind unklar. Die unabhängige nationale Wahlkommission CENI teilte im Juni dieses Jahres mit, es habe dem Finanzministerium einen Budgetvorschlag übermittelt. Dessen Sprecher, Christian Kwizera, teilte mit, umgerechnet rund 33 Millionen Dollar stünden zur Verfügung. Vor fünf Jahren hatte der gesamte Wahlprozess allerdings laut CENI mehr als 60 Millionen Dollar gekostet.

Am 20. Mai 2020 sind Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen geplant. Politiker begrüßen die Zusammenlegung auf einen Termin. Es gibt aber auch kritische Stimmen. Beispielsweise argumentiert der Politikwissenschaftler Julien Nimubona, die Wahl des Präsiden-

ten für eine siebenjährige Amtszeit, die von nationaler Tragweite sei, dürfe nicht mit der Wahl der Parlamentsabgeordneten in ihren Wahlkreisen und mit der Vergabe kommunaler Mandate kombiniert werden. Falls es zu einem zweiten Wahlgang für die Präsidentschaft kommt, fürchtet er, dass die anderen Wahlen für nichtig erklärt werden könnten – je nachdem, wie gut die anderen Parteien, die nicht den Präsidenten stellen, abgeschnitten haben.



2018 ließ Burundis Präsident Pierre Nkurunziza die Verfassung ändern (hier nach seiner Stimmabgabe für das Referendum), um sich weitere Amtszeiten zu ermöglichen. Jetzt hat er angekündigt, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten.

Im ganzen Land stehen sich die Anhänger der regierenden Partei CNDD-FDD und der wichtigsten Oppositionspartei CNL feindselig gegenüber. Besonders groß sind die Spannungen in den Provinzen Ngozi, Muyinga und Kirundo im Norden Burundis und Makamba im Süden. Zum Teil wurden örtliche Parteizentralen zerstört, beispielsweise die Geschäftsstelle der CNDD-FDD in der Provinz Cibitoke oder das Büro der CNL in der Gemeinde Nyabiraba in der Provinz Bujumbura. Für diesen Angriff machte der Sprecher des Innenministeriums, Tharcisse Niyongabo, Mitglieder der CNL selbst verantwortlich. Die Partei weist diesen Vorwurf zurück.

Die Partei Sahwanya Frodebu gibt an, Behörden hätten ihre Versammlungen

verboten und einige ihrer Anhänger seien festgenommen worden. Derweil rief Justizministerin Aimée Laurentine Kanyana die Richter des Landes dazu auf, alle Fälle von politischer Intoleranz zu verfolgen. „Niemand steht über dem Gesetz“, sagte sie.

Amtsinhaber Nkurunziza hatte im Dezember erklärt, nicht wieder als Präsident zu kandidieren. Diese Ankündigung überraschte selbst Parteifreunde. Die CNDD-FDD bestätigte im Mai Nkurunzizas Verzicht und kündigte an, dass es auch einen neuen Parteichef geben werde. Bislang ist offen, wer das sein wird.

2015 hatte Nkurunzizas Kandidatur für eine verfassungswidrige dritte Amtszeit heftige Proteste ausgelöst. Sicherheitskräf-

te unterdrückten Demonstrationen in der damaligen Hauptstadt Bujumbura teilweise gewaltsam. Viele Burundier flüchteten ins Exil. 2018 wurde auf Betreiben Nkurunzizas die Verfassung geändert. Sie lässt nun sieben Amtszeiten statt vorher zwei zu (siehe auch meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2018/07, Debatte). Dass der Präsident nun tatsächlich auf die Macht verzichtet, können viele Menschen in Burundi noch nicht glauben.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und Reporterin bei Radio Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com

SOZIALISATION

Abwesende Väter

Sozialen Konventionen zufolge sollen Männer hart und durchsetzungsfähig sein. Das traditionelle Verständnis von fürsorglicher Vaterschaft geht immer mehr verloren. In Südafrika haben Jungen wegen der schwierigen ökonomischen Situation kaum Perspektiven. Die Erwartungen, mit denen sie aufwachsen, sind oft destruktiv.

Von Sonwabiso Ngcowa

Mein erstes Kind wurde 2018 geboren. Während der Wehen massierte ich meiner Frau den Rücken. Da fragte eine der Krankenschwestern, ob ich bis zur Geburt bleiben wollte. Das tat ich. „Sogar auf der Entbindungsstation?“, fragte sie. Und auf meine positive Antwort hin sagte sie: „Dafür sind Xhosa-Männer nicht gemacht.“ Die Xhosa sind die zweitgrößte Ethnie in Südafrika und leben an der Küste des Indischen Ozeans zwischen Port Elizabeth und Durban.

Ich blieb, bis meine wunderschöne Tochter das Licht der Welt erblickte, und hatte die Ehre, ihre Nabelschnur zu trennen. Es war für mich und meine Partnerin eine positive Erfahrung. Wir denken, dass sie zur Normalität werden sollte. Ich habe erlebt, dass Frauen stark sein können und viel aushalten – aber auch, dass ihnen Unterstützung guttut. Wir haben die Erfahrung zusammen gemacht. Das ist wichtiger, als männliche und weibliche Lebenswelten zu trennen.

Ich habe bereits in E+Z/D+C (siehe Schwerpunkt des e-Papers 2016/07) verquere Vorstellungen von Männlichkeit in Südafrikas Gesellschaft dargestellt. Hier möchte ich nun einige Auswirkungen schildern.

Die heutigen Muster der genderspezifischen Sozialisation wurzeln tief in der Kolonialgeschichte. In einem Jahrhundert währenden Kampf verloren die Xhosa ihr Land und ihre Herden an holländische und britische Siedler und Kolonialherren. Die Xhosa-Männer wurden zu Migranten, die an weit entfernten Orten in Minen arbeiteten. Dort durften ihre Familien nicht hinkom-

men. Die Rassentrennung der Apartheid führte zu repressiven Gesetzen.

Xhosa-Jungen wuchsen häufig in weiblich geprägten Haushalten ohne männliche Vorbilder auf. Kamen die Väter aus den Minen zurück, waren sie in der Regel krank. Sie litten an Staublungen und anderen Atemwegserkrankungen. Die Arbeitsbedingungen waren grausam.

Heute – 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid – lebt fast die Hälfte der südafrikanischen Kinder mit ihren Müttern auch ohne ihre Väter. Das liegt nicht nur an Binnenmigration, sondern hat mehrere Gründe. Viele junge Männer sind arm und arbeitslos. Der traditionelle Brautpreis ist für sie unerschwinglich, also können sie nicht heiraten. Da sie auch die traditionell übliche Buße für die Zeugung eines uneheli-

chen Kindes nicht zahlen können, unterbindet die Familie der Mutter den Kontakt zum Kind. Auch wachsen viele Kinder bei den Großeltern auf – zum Beispiel, weil ihre Eltern oder die allein erziehende Mutter Geld verdienen müssen.

Viele Kulturen haben Vorstellungen vom erwachsenen Mann als fürsorglichem Ernährer der Familie. Ob ein Mann dem gerecht werden kann, hängt in modernen Gesellschaften meist von seinem Bildungserfolg ab. In Südafrika sind die Privatschulen oft exzellent, jedoch für die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung unbezahlbar. Es gibt auch nicht genug Privatschulen für alle Schüler. Die staatlichen Schulen sind durchweg schlechter als die privaten. Manchmal kommen auf eine Lehrkraft 90 Lernende. Die Schulen sind schlecht ausgestattet, und viele sind in schlechtem Zustand. Die Hälfte der südafrikanischen Jugendlichen schließt die High School nicht ab – und die Mehrheit von ihnen sind Jungen.

Verwandte Probleme sind Drogenkonsum und Jugendkriminalität. Die Nachrichten berichten ständig von Morden. Mitunter



Wenn Jungen überhaupt Spielzeug bekommen, sind es Plastikpistolen.

wird ein junger Mensch nur wegen eines Handys getötet. Gewaltvideos machen in sozialen Medien die Runde. Gangs sind für perspektivlose junge Männer attraktiv.

Die südafrikanische Gesellschaft bereitet junge Männer nicht angemessen darauf vor, als Erwachsene Verantwortung zu übernehmen. Die Vorstellungen von Männlichkeit sind verzerrt. Bekommen Jungen überhaupt Spielzeug, werden sie mit Plastikwaffen ausgestattet. Als ich klein war, waren wir arm und haben selbst Spielsachen gebastelt. Wir ließen Autos aus Draht über imaginierte Schnellstraßen fahren. Das tun Jungs auch heute noch, aber das Bild vom Mann scheint immer stärker von Gewalt geprägt.

HÄRTE REICHT NICHT

Auch Initiationsriten spielen eine Rolle. In vielen ethnischen Gruppen sind sie ähnlich. Bei den Xhosa beinhalten sie die schmerzhafteste Beschneidung ohne Betäubung, die Jungen lehren soll, keine Angst vor Schmerzen zu haben. Früher mussten Xhosa-Männer kämpfen, wenn das nötig wurde.

Die Erziehung zu Härte lebt fort. Aber es ging früher bei den Initiationsriten um viel mehr. Nelson Mandela – Freiheitskämpfer, erster schwarzer Präsident Südafrikas und wohl der berühmteste Xhosa überhaupt – schrieb, dass die Initiation Jungen zu verantwortungsvollen Männern machen sollte. Das schloss ein, sich um andere zu kümmern. Die traditionelle Initiation dauert mehrere Wochen, in denen auch Solidarität und Kooperation trainiert wurden. Hierauf sollte in Zukunft unser Fokus liegen.

Unsere Gesellschaft würde davon profitieren, Genderrollen zu überdenken. Heutige Rollenvorstellungen wurzeln in der traumatischen Geschichte von Kolonialherrschaft und Apartheid. Es gilt, historisch entstandene Ungerechtigkeiten zu überwinden. Ohne Wiedergutmachung wird sich die Mehrheit der schwarzen Männer weiterhin machtlos fühlen. Oberste Priorität muss Chancengleichheit durch gute Bildung für alle jungen Menschen werden. Dafür brauchen wir gut ausgebildete Lehrer. Derweil sollte die Gesellschaft schwarzen Jugendlichen mit Geduld und Freundlichkeit begegnen, denn ihr Schicksal ist nicht leicht.

Südafrikas Gesetze sind in vielfacher Hinsicht fortschrittlich. Die Rechte von Homosexuellen werden beispielsweise ausdrücklich anerkannt, was in einigen Nachbarländern nicht der Fall ist (siehe Grace Badza im Schwerpunkt des e-Papers E+Z/D+C E+Z 2019/07). Traditionelle Ethnien lehnen dagegen Schwule und Lesben oft ab. Wichtig ist also auch kultureller Wandel.

Traditionell ausgerichtete Gemeinschaften müssen sich an moderne Zeiten anpassen. Es ergibt keinen Sinn, auf unbezahlbaren Brautpreisen zu bestehen. Wichtig ist dagegen, Jugendliche zu fürsorglichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Eltern, Lehrer, traditionelle Oberhäupter und die älteren Generationen müssen sich dafür einsetzen. Und je besser das gelingt, desto weniger ungewöhnlich wird es sein, wenn ein Xhosa-Mann seine Frau in den Kreißaal begleitet.



SONWABISO NGCOWA
ist Schriftsteller und
Sozialwissenschaftler.
sonwabisongcowa@gmail.com

REGENWALD

Amazonasgebiet in Gefahr

Gewaltige Waldbrände haben Menschen weltweit auf die Bedrohung des Regenwaldes und anderer Ökosysteme im Amazonasgebiet aufmerksam gemacht. Der politische Hintergrund ist klar: Brasiliens neue Regierung hält nicht viel von Umweltschutz, indigenen Völkern und Rechtsstaatlichkeit.

Von Carmen Josse

Die Amazonasregion beherbergt den größten zusammenhängenden Regenwald der Welt und speist mit ihren zahlreichen Wasserläufen einen der größten Flüsse. Der Amazonas, seine vielen Nebenflüsse und der Regen, den der Wald durch Verdunstung erzeugt, sind lebenswichtig für eine Region, die 70 Prozent der Wirtschaftsleistung Südamerikas erbringt.

Zugleich ist das Amazonasgebiet die Heimat indigener Völker. Ihr Land nimmt 30 Prozent des Territoriums ein. 23 Prozent des Gesamtterritoriums sind Naturschutzgebiete, welche die einzigartige Biodiversität erhalten sollen. Das Wissen der Indigenen ist ein großer kultureller Schatz. Es ist ebenso wie die natürliche Vielfalt derzeit so stark bedroht wie nie zuvor.

Seit August wüten verheerende Brände in der Region. Die Medienberichte darüber erschüttern die ganze Welt. Aber die Feuer haben eine Vorgeschichte – und sie sind nicht die einzige Gefahr.

Das Amazonasgebiet liegt zu 61 Prozent in Brasilien. Deshalb ist es so wichtig, was in dem größten Land Lateinamerikas passiert. Anfang dieses Jahres übernahm Jair Bolsonaro das Präsidentenamt (siehe

auch Essay auf S. 16). Schon im Wahlkampf hatte er angekündigt, die Amazonasregion stärker wirtschaftlich zu nutzen und Überwachung und Regulierung abzubauen. Zuvor hatten Schutzmaßnahmen zu wirken begonnen. Von 2005 bis 2012 sanken die Abholzungsraten spürbar. Seit 2012 sind sie zwar wieder etwas angestiegen, erreichten aber bei weitem nicht das Niveau früherer Jahre. Erfolge beruhten auf mehreren Bedingungen. Die beiden wichtigsten waren:

- Das Umweltministerium wurde seiner Verantwortung gerecht und kam Brasiliens Verpflichtungen in internationalen Abkommen wie dem Pariser Klimavertrag nach.
- Private Sojakonzerne zeigten Kompromissbereitschaft. Weil internationale Kampagnen sie für die enorme Abholzung mitverantwortlich machten, stimmten sie einem Moratorium zu, um Abholzung zu stoppen. Zudem erklärten sie sich bereit, ab Juli 2006 keine Sojabohnen mehr zu beziehen, die auf gerodeten Flächen angebaut wurden.

Das Moratorium galt bis 2016. Der Privatsektor ging davon aus, dass Politik und



Wälder in Flammen: hier in Manicoré im brasilianischen Bundesstaat Amazonas.

Verwaltung innerhalb dieser zehn Jahre die nötigen Strukturen und Reglements schaffen würden, um die Abholzung wirksam staatlich zu kontrollieren.

Seit der Amtsübernahme Bolsonaros hat sich die Politik aber geändert. Die neue Regierung hat ihre Überwachungs- und Regulierungsinstanzen abgebaut und deren Befugnisse reduziert. Das gilt ähnlich für alle Behörden, die für Klimafragen zuständig sind. Die Regierung übertrug zudem dem Landwirtschaftsministerium, das normalerweise den Interessen der Agrarlobby folgt, per Dekret viele Entscheidungen in Umweltfragen. Es ist nun für die Vergabe von Lizenzen, Wasserressourcen und Landfragen wie etwa die Abgrenzung indigener Gebiete zuständig. Bolsonaro hat den Bock zum Gärtner gemacht.

In Bezug auf internationale Verpflichtungen sieht es nicht besser aus. Die Regierung zeigt kein Interesse daran, die Waldrodung zu bekämpfen oder nachhaltige wirtschaftliche Alternativen für die Region zu schaffen. Der internationale Amazonasfonds, der derlei unterstützte, wurde ausgesetzt.

Die Regierung fördert stattdessen Umweltkriminalität. Sie hat zum Beispiel Straffreiheit für illegalen Holzeinschlag angekündigt und versprochen, geschütztes indigenes Land für landwirtschaftliche Nutzung und Bergbau freizugeben. Auch die Regierungen einiger Bundesstaaten tragen

zu der Trendwende bei, indem sie die Beteiligung ihrer Beamten an Kontrollmaßnahmen reduziert haben.

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN

Leider sieht nicht nur die brasilianische Regierung im Amazonasgebiet riesiges Potenzial für landwirtschaftliche Nutzung und Rohstoffgewinnung. Alle Amazonasländer haben wirtschaftliche Interessen, die die nationale Politik stark beeinflussen und zu nicht nachhaltiger Nutzung führen. Dabei sind die Vorteile nur kurzfristig, während die langfristigen negativen Folgen irreversibel sein werden.

Indigene Völker und lokale Amazonasgemeinden bremsen seit Jahrzehnten das Voranschreiten der Abholzung und die damit verbundene Zunahme von CO₂-Emissionen, die die globale Erwärmung verursachen. An die 73 Millionen Tonnen Kohlenstoff sind in den Wäldern des Amazonasgebiets gespeichert. Doch neuere Studien zeigen, dass die Umnutzung der Wälder und die damit verbundenen Emissionen zunehmen und die Region so zu einer Nettoquelle von Emissionen machen.

Außerdem tragen Prozesse der Walddegradation, die weniger auffällig sind und von den Ländern auch nicht im Rahmen ihrer nationalen Klimabeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) überwacht werden, zunehmend zu Emissionen

innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten bei. Sieben der neun Amazonasländer weisen mehr Emissionen aus Degradierung als aus Abholzung auf.

58 Prozent des Waldkohlenstoffs im Amazonasgebiet sind in indigenen Gebieten und Schutzgebieten gespeichert, während die Emissionen aus dem Wald derzeit nur zehn Prozent der Gesamtmenge ausmachen. Klar ist aber, dass der Trend zu weniger Umweltschutz, einer Schwächung der Indigenen-Rechte und der Rechtsstaatlichkeit weltweite Probleme verschärfen. In der Region bedeuten sie eine existenzielle Bedrohung für indigene Völker und Gemeinschaften und deren Gebiete.

Die Feuer im Amazonas- und anderen Gebieten der Region haben – dank umfangreicher Medienberichterstattung – die Menschen weltweit aufgerüttelt und dazu gebracht, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie etwas gegen die Katastrophe tun. Viele reagieren mit Bestürzung auf die Wälder in Flammen. Dass Bolsonaro angesichts der internationalen Empörung Brandrodungen kurzfristig für ein paar Wochen verboten hat, war ein PR-Manöver, das nicht viel bewirken wird.

Nüchtern betrachtet, zeigt die Katastrophe aber klar den Zusammenhang zwischen Abholzung und Bränden auf. Die Rodung der Wälder für landwirtschaftliche Flächen führt in Kombination mit längeren Trockenzeiten aufgrund der Folgen des Klimawandels zu einem Teufelskreis aus weniger Regenfällen und mehr Emissionen. Tatsächlich verliert der Wald an Regenerationskraft. Was heute zerstört wird, kann nicht in wenigen Jahren wieder nachwachsen.

Die erklärte Absicht Bolsonaros, die Lebens- und Wirtschaftsweisen der indigenen Völker in ihren Gebieten zu zerstören und diese für Landwirtschaft zu öffnen, hat internationale Folgen. Diese Politik vernichtet den enormen Beitrag, den die Indigenen zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Die Chancen, die Erderwärmung in den Griff zu kriegen und der Menschheit eine lebenswerte Zukunft zu sichern, werden täglich kleiner.



CARMEN JOSSE
arbeitet als Wissenschaftlerin
für die zivilgesellschaftliche
Denkfabrik Fundación
EcoCiencia in Ecuador.

www.ecociencia.org



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



◀ www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.coop
eration

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

[Seite erstellen](#)



👍 Gefällt mir

🗉 Teilen

[Mehr dazu](#)

[Nachricht](#)

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
1. September um 01:04

Information technology and its multifold applications offer spectacular opportunities. In recent years however developmental visions that are related to digitalisation have become darker. Find out more in our September e-Paper on „Digital future“:

+++ How the innovative approach of Copia, the Kenyan e-commerce company, is improving the lives of marginalised communities

+++ The demand for fact checking is growing in Africa, but much more must happen to stem the tide of misinfo... [Mehr anzeigen](#)



DANOC EU
Digital future | D+C Development and Cooperation

Community

[Alle ansehen](#)

👍 226.085 Personen gefällt das

📧 226.115 Personen haben das abonniert

Info

[Alle ansehen](#)

📧 Contact D+C Development and Cooperation
on Messenger

🌐 www.dandc.eu

✉ [Zeitschrift](#)

Seitentransparenz

[Mehr anzeigen](#)

Facebook liefert Informationen, mit denen du die Intention von Seiten besser verstehst. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten verwalten und Beiträge darin posten.

📅 Seite erstellt – 8. Januar 2014

Personen

>

226.085 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

Cultures of Resistance
Marken- und Nachrichtenverteilungen





Im ägyptischen Kairo stehen Kirchen und Moscheen nebeneinander.

Glaube und Politik

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist Religion ambivalent. Sie kann einerseits für die Gesellschaft spaltende Identitätspolitik und Populismus missbraucht werden. Andererseits haben alle Weltreligionen gemeinsame ethische Grundlagen, weshalb sie zur Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) beitragen können. Dialog und

wechselseitige Verständigung sind dringend nötig.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit mit SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und SDG 17 (Umsetzungsmittel und globale Partnerschaft stärken). Es gibt darüber hinaus Bezüge zur gesamten SDG-Agenda.

Spiel mit religiöser Identität

Politik und Religion sind in Brasilien eng verflochten. Als Jair Bolsonaro für die Präsidentschaft kandidierte, erfuhr er große Unterstützung von evangelikalen Christen, aber auch viele Katholiken wählten ihn. Der heutige Staatschef setzt seine mehrdeutige religiöse Identität ein, um ein breites Publikum zu erreichen, und spaltet dabei die Katholiken.

Von Carlos Albuquerque

Unter den Anhängern der Frei- und Pfingstkirchen in Brasilien war die Zustimmung zu Bolsonaro bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr weitaus höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Auch Katholiken tendierten eher zu dem rechtsnationalen Kandidaten, der sich in der Stichwahl mit gut 55 Prozent gegen Fernando Haddad von der Arbeiterpartei durchsetzte, aber in weitaus geringerem Maße als die Evangelikalen.

Bolsonaro ist von Hause aus Katholik – und als solcher auch beim Obersten Wahlgericht registriert –, ließ sich aber später von

einer Pfingstkirche taufen, deren Gottesdienste er auch regelmäßig besucht. Auch seine Frau und Kinder sind Evangelikale.

Es wäre zu kurz gegriffen, Bolsonaros Sieg allein durch religiöse Zugehörigkeiten zu erklären. So wählten ihn zum Beispiel auch die Menschen im Süden, Gebildete und Besserverdienende mit großer Mehrheit. Selbst rund 30 Prozent der LGBTI-Personen, also Menschen, die von den heterosexuellen Normen abweichen, und knapp die Hälfte der Afrobrasilianer stimmten für Bolsonaro – obwohl er sexuelle und ethnische Minderheiten herabwürdigt.

Die Analyse der Stimmenverteilung muss unbedingt die Krise berücksichtigen, die das Land durchmacht und die Gesellschaft als Ganzes durchdringt. Die Menschen führen diese Krise auf Korruption und die früheren Regierungen der Arbeiterpartei zurück. Bolsonaro hat es geschafft, sich im Wahlkampf als Gegenpol zu der „alten Politik“ zu positionieren.

Trotzdem ist die Unterstützung der Pfingstkirchen wichtig (zu ihrer Bedeutung

in Brasilien siehe auch meinen Beitrag in E+Z/D+C 2013/05, S. 199), und Bolsonaro hatte sie schon immer im Blick. So zitiert er in seinen Reden zum Beispiel regelmäßig aus der Bibel. Vor drei Jahren ließ er sich und seine drei Söhne Flavio, Carlos und Eduardo, die ebenfalls wichtige Rollen in der Politik spielen, in den Gewässern des Jordans im Nordosten Israels taufen.

Für die Soziologin Christina Vital von der Bundesuniversität Fluminense (Universidade Federal Fluminense – UFF) war diese Taufe nicht allein Ausdruck einer evangelikalen Bekehrung. Sie erkennt darin einen Versuch der Bolsonaros, sich eine mehrdeutige religiöse Identität zu verschaffen: Der Präsident „stellt sich als Katholik vor, ist aber mit einer Evangelikalen verheiratet und wurde in den Gewässern des Jordans getauft“. Er habe seine Kandidatur als „göttliche Mission“ dargestellt, weil er selbst „unbedeutend“ sei und trotzdem eine solche Bekanntheit erlangt habe, erklärt Vital.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie hat sie eine Zunahme der Nominierungen von Kandidaten bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen festgestellt, die offiziell katholisch sind, aber große Unterstützung von Evangelikalen erhalten. Sie bezeichnet diese Politiker als Verbündete der Evangelikalen (Aliados dos Evangélicos – ADE).



Die brasilianische Bischofskonferenz folgt Papst Franziskus, der Präsident stellt sich gegen ihn.

Außer Bolsonaro gehört dazu beispielsweise auch der Gouverneur von Rio de Janeiro, Wilson Witzel.

Schätzungen zufolge machen Evangelikale inzwischen mehr als 30 Prozent der brasilianischen Bevölkerung aus. 1980 waren es nach Angaben des brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik nur 6,6 Prozent, bis 2000 stieg der Anteil auf 15,4 Prozent und bis 2010 auf 22,2 Prozent. Die nächste Zählung steht 2020 an.

Laut Vital ist die stetige Zunahme des Evangelikalismus ein Phänomen, das über die Religion hinausgeht: „Er wächst gleichzeitig auf der gesellschaftlichen Ebene und in Machträumen wie den Medien sowie in politischen Ämtern auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene.“ Den nächsten Schritt stelle die Beeinflussung der Justiz durch evangelikale Vorstellungen dar. „Das ist keine Zukunftsvision, sondern passiert schon jetzt“, sagt Vital.

Anfang Juli lud Bolsonaro evangelikale Senatoren und Abgeordnete, die im Parlament eine eigene parteiübergreifende Fraktion bilden, zu einem Frühstück in seinen Amtssitz, dem Planalto-Palast, ein. Das Treffen fand am Tag nach der ersten Abstimmung über die Rentenreform statt, bei der diese Abgeordneten und Senatoren dem Präsidenten ihre volle Unterstützung bewiesen hatten. Beim Frühstück versprach Bolsonaro ihnen, einen „streng evangelikalen“ Richter für einen Sitz am Bundesverfassungsgericht zu nominieren.

VERBREITETER KONSERVATISMUS

Rund 166 Millionen von insgesamt 210 Millionen Brasilianern geben an, dass sie religiös sind. Und: „Die meisten religiösen Menschen in Brasilien, ob katholisch oder evangelisch, sind konservativ“, sagt Vital. Nicht alle Konservativen unterstützten den Autoritarismus, doch viele wünschten sich eine Rückkehr zu gesellschaftlichen Normen, deren Verlust sie einer linken Sozialagenda ankreiden, die Minderheiten schützt und Vielfalt propagierte. Das widerspricht nach Ansicht der Evangelikalen dem Ideal der Familie.

In Bolsonaro sehen Konservative einen Verteidiger traditioneller Werte. Doch während beispielsweise die einflussreiche Universalkirche des Reichs Gottes (Igreja Universal do Reino de Deus – Iurd) mit ihrem Gründer Edir Macedo, Besitzer eines

Medienimperiums, an der Spitze, offen zur Unterstützung Bolsonaros aufrief, bezog die brasilianische Bischofskonferenz (Conferência Nacional dos Bispos do Brasil – CNBB) keine klare Position. Zwar hatte ihr damaliger Vorsitzender, Kardinal Sérgio da Rocha, Anfang 2018 gesagt, die Katholiken sollten keine Kandidaten unterstützen, „die Gewalt fördern und Lösungen predigen, die die Konflikte in Brasilien noch mehr verschärfen könnten“. Doch die Bischöfe veröffentlichten daraufhin eine Erklärung, in der



sie klarstellten, dass die CNBB sich nicht zu den Präsidentschaftskandidaten äußere.

Andererseits empfing der Erzbischof von Rio de Janeiro, Orani Tempesta, Bolsonaro im Oktober vergangenen Jahres zehn Tage vor der Stichwahl. Bei dem Treffen versprach der damalige Kandidat, „die Familie zu verteidigen, die Unschuld des Kindes im Klassenzimmer zu verteidigen, die Religionsfreiheit zu verteidigen“. Er kämpfe gegen Abtreibung und gegen die Legalisierung von Drogen.

Das kam bei konservativen Katholiken gut an. Dass er schließlich auch überdurchschnittlich viele Stimmen aus diesem Lager erhielt, zeigt die Spaltung innerhalb der katholischen Kirche Brasiliens. Der Journalist Mauro Lopes schrieb in einem Beitrag, die CNBB halte ein prekäres Gleichgewicht aufrecht: „Obwohl ihre Führung auf Papst Franziskus ausgerichtet ist, vermeidet sie jede Konfrontation mit den mächtigen Fun-

damentalisten.“ Der aus Argentinien stammende Papst setzt sich für die Armen und soziale Gerechtigkeit ein und hat den globalen Klimanotstand ausgerufen.

Lopes weist auch darauf hin, dass Ex-Präsident Lula da Silva katholisch ist. „Bis heute aber hat ihn kein Bischof oder keine CNBB-Delegation im Gefängnis von Curitiba besucht.“ Dort verbüßt er eine Haftstrafe wegen Korruption. Dabei schickte Papst Franziskus Ende Mai dieses Jahres einen Brief an Lula, der als Unterstützung für ihn zu interpretieren ist. Er schrieb darin unter anderem, dass die Menschen dank des „Triumphs Jesu über den Tod“ glauben sollen, dass „am Ende das Gute das Böse überwinden wird, die Wahrheit die Lügen besiegen wird und die Erlösung die Verurteilung besiegen wird“.

Anfang Mai wurde der Erzbischof von Belo Horizonte, Walmor Oliveira de Azevedo, zum neuen Präsidenten der brasilianischen Bischofskonferenz gewählt. Seine Wahl wird als Abkehr vom weithin erwarteten Rechtsruck der CNBB gewertet: Der 65-jährige Kardinal gilt als moderat und stimmt in vielen Punkten mit Papst Franziskus überein.

Dieser machte sich jüngst bei Bolsonaros Leuten unbeliebt, indem er ein Seminar einberief, um die Probleme der Amazonas-Region zu erörtern. Es soll vom 6. bis zum 27. Oktober in Rom stattfinden. Einem Bericht der Tageszeitung O Estado de S. Paulo zufolge bezeichnete der Chef des brasilianischen Geheimdienstes Abin (Agência Brasileira de Inteligência), General Augusto Heleno, die Amazonas-Synode als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Brasiliens“ und sagte, dass „einige Themen dieser Agenda ein Problem der nationalen Sicherheit“ seien. Die Regierung sieht offenbar die nationale Souveränität in der Region bedroht.

Dem gleichen Zeitungsbericht zufolge bezeichnete Heleno die CNBB als „potenziellen Gegner“. Regierungsmitglieder glauben, dass die brasilianischen Bischöfe, die an den Treffen im Vatikan teilnehmen, linksgerichtet seien. Bereits 2018 hatte Bolsonaro gesagt, die CNBB gehöre zum „faulen Teil der katholischen Kirche“.



CARLOS ALBUQUERQUE
arbeitet für das Brasilien-
Programm der Deutschen
Welle in Bonn.
carlos.albuquerque@gmx.net

Religiöser Pluralismus sichert sozialen Frieden

Seit der Ausbreitung von Christentum und Islam in Afrika praktizieren viele Menschen eine Mischung religiöser Praktiken. Doch neuere Reformbewegungen lehnen das ab. Das führt zu Konflikten und Radikalisierung.

Von Samir Abi

Am 12. Mai dieses Jahres stürmten etwa 20 bewaffnete Männer im Dorf Dablo im Norden von Burkina Faso eine katholische Kirche während der Sonntagsmesse. Sie verbrannten Kreuze und andere heilige Gegenstände und ermordeten sechs Menschen, darunter den Priester. Die Angreifer riefen die anwesenden Gläubigen dazu auf, ihre Religion zu wechseln. Insgesamt ver-

übten islamistische Extremisten in Burkina Faso in den vergangenen Monaten rund ein Dutzend Terroranschläge sowohl gegen Christen als auch gegen Muslime.

In Togos Hauptstadt Lomé zerstörten Vandalen im Juli und August 2018 mehrere Moscheen. Die Untersuchungen laufen noch. Die Angreifer zerrissen Korane und brannten ganze Gotteshäuser ab. Die Medien berichteten ausführlich, und politische und religiöse Führer verschiedener Seiten riefen die Gläubigen in der Folge dazu auf, sich gegen diese Angriffe zu vereinen und sich nicht in interreligiöse Konflikte verwickeln zu lassen.

Keine Religion ruft zu Gewalt auf, alle predigen ihren Anhängern moralisches Ver-

halten. Aber weltweit, von Myanmar bis in die USA, nehmen Konflikte zwischen den Religionen zu. Afrikanische Jugendliche stellen das Christentum und den Islam zunehmend in Frage. Ihre Begründung lautet, es handele sich um importierte Religionen. Stattdessen setzen sie sich für eine Rückkehr zu den alten afrikanischen Religionen ein.

SCHUTZ UND STRAFE DURCH GEISTER

Religiöser Pluralismus hat seit jeher die afrikanischen polytheistischen Gesellschaften geprägt. Traditionell hatte jede Gemeinschaft, oft bis hinunter auf die Ebene einzelner Haushalte, ihre eigene Gottheit, die sie beschützte. Bei Familiengottheiten handelte es sich oft um Vorfahren, die die Familiengeschichte durch einen Akt der Tapferkeit oder ein Opfer für die Seinen geprägt hat. Nach traditionellen afrikanischen Vorstellungen sind die Toten niemals wirklich tot, die Geister der Vorfahren umgeben uns. Sie gewähren Schutz, können aber auch Familienmitglieder bestrafen, die ge-



Die Dreifaltigkeitskathedrale in Addis Abeba ist die wichtigste äthiopisch-orthodoxe Kirche.

gen die Werte der Familie verstoßen. Neben Familiengottheiten gibt es auch Gottheiten der Dörfer.

Der Glaube an übernatürliche Kräfte, die für Regenfälle, Überschwemmungen und wilde Tiere im Wald verantwortlich sind, hat dazu geführt, dass die Afrikaner animistische Kulte entwickelt haben. Diese dienten unter anderem dazu, den unmittelbaren Lebensraum zu schützen. So verbot es der Respekt vor der „göttlichen Natur“, die Wälder übermäßig abzuholzen, Flüsse und Wasserquellen zu verschmutzen oder mehr Tiere zu töten, als die Familie zum Essen brauchte. Diese Werte gingen und gehen mit der Ausbreitung von Judentum, Christentum und Islam in Afrika verloren.

Die Geschichte der monotheistischen Religionen reicht in Afrika bis in die Zeit der ägyptischen Antike zurück, als Herrscher wie Echnaton versuchten, die Verehrung auf eine einzige Gottheit zu beschränken. In Abessinien, dem heutigen Äthiopien, entstanden Jahrhunderte später die ersten monotheistischen Tempel und Kirchen. Seit der Ankunft muslimischer Gemeinschaften im 7. Jahrhundert leben dort alle drei großen monotheistischen Religionen zusammen.

Der Islam breitete sich in Afrika durch die arabischen Eroberungen Nordafrikas und die muslimischen Händlerkarawanen stark aus. Letztere bewegten sich entlang der Ostküste und hatten Kontakt mit den Völkern aus der Sahelregion. Dann folgte ab dem 16. Jahrhundert der Aufstieg des Christentums mit Sklaverei und europäischer Kolonisation. Der Vormarsch dieser beiden Religionen in Afrika war von Konflikten und Blutvergießen gekennzeichnet, denn die Menschen wollten an ihren kultischen Praktiken und ihrer sozialen Ordnung festhalten und wehrten sich gegen die Bekehrung.

Schließlich siegten die Araber und Europäer aufgrund ihrer Waffenüberlegenheit – doch die traditionellen Religionen verschwanden niemals ganz, sondern vermischten sich mit den neuen, monotheistischen. Bis heute ist es nichts Ungewöhnliches, wenn Afrikaner sogar in der Kirche oder Moschee ihren Ahnenkult praktizieren. Die Vermischung religiöser Praktiken sichert seit langem einen gewissen sozialen Frieden. Zum Beispiel haben Anhänger animistischen Glaubens zumeist kein Problem damit, Land für den Bau von Kirchen oder Moscheen herzugeben, da dies die Ausübung ihrer Religion nicht behindert. Erst

das Aufkommen neuer religiöser Bewegungen in jüngster Zeit, die diesen Synkretismus ablehnen, hat zur Entwicklung eines gewalttätigen religiösen Extremismus in Afrika geführt.

ZURÜCK ZU DEN URSPRÜNGEN

Eine wichtige Rolle spielen dabei die internationalen religiösen Reformbewegungen, die sowohl im Westen als auch im Osten um sich gegriffen haben und deren Ziel es ist, zum „ursprünglichen“ Judentum, Christentum oder Islam zurückzukehren. Die Ausbreitung dieser Reformbewegungen in Afrika führte zu vielen religiösen Strömungen, die von außerhalb finanziert werden und die den religiösen Synkretismus bekämpfen.

Mittels geschickter Propaganda, sei es durch besonders charismatische Prediger oder professionelle Filme, die bestimmte Botschaften verbreiten, haben sich die Reformkirchen recht schnell durchgesetzt. Ihr rasanter Aufstieg lässt sich mit der prekären Lage erklären, in der viele Afrikaner leben, nachdem die Staaten es nach ihrer Unabhängigkeit nicht geschafft haben, sich wirtschaftlich und sozial zu entwickeln. Das Versagen der intellektuellen, wirtschaftlichen und politischen Eliten, bessere Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen, und die Ausbreitung von Korruption führten zu einer beispiellosen moralischen Krise. Auflehnung wird häufig unterdrückt, und so suchen viele Menschen ihr Heil in göttlicher Erlösung.

Die puritanische Religionspraxis wird in Kirchen und Moscheen als Lösung für Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption verkauft. Die in reichen Ländern in Ost und West mobilisierten Gelder fließen in humanitäre Hilfe und Projekte, die selbst die größten Zweifler davon überzeugt haben, ihre synkretistischen religiösen Praktiken aufzugeben. Auch Stipendien für Studien und Reisen in die Ursprungsländer der religiösen Reformbewegungen tragen dazu bei, die neuen Glaubensanhänger zu indoktrinieren. Und schließlich überzeugt der offensichtliche Reichtum religiöser Führer die Gläubigen, dass sie auf dem richtigen Weg sind.

RADIKALISIERUNG DURCH UNTERDRÜCKUNG

Die extreme Ablehnung synkretistischer Kulte durch die Anhänger der Reformbewe-

gungen bedroht den sozialen Frieden. Die dadurch entstehenden Konflikte werden oft gewaltsam ausgetragen. Dazu trägt die Unterstützung bei, die Reformbewegungen innerhalb der politischen Klasse genießen. Diese benutzt Religion in Afrika – wie auch in anderen Teilen der Welt – dazu, ihre Macht zu sichern. Politiker und religiöse Führer von Reformbewegungen schließen Allianzen zur gegenseitigen Unterstützung. Einige Bewegungen genießen den Schutz herrschender Politiker und können deshalb ungehindert Gewalt gegen andere religiöse Gruppen ausüben.

Andererseits bekämpfen Politiker bestimmte religiöse Bewegungen, die sie als Bedrohung ihrer Macht ansehen. Das endet oft im gewalttätigen Konflikt und treibt die radikalsten Anhänger dieser Gruppen in den Untergrund. So entstanden Rebellenvereinigungen wie Boko Haram in Nigeria. Die Ermordung ihres religiösen Anführers hat die gesamte Region in eine blutige Krise gestürzt und zu Millionen von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen geführt.

Ein dialogorientierter Ansatz hätte dieses Blutbad und enorme Leid für die Bevölkerung sicherlich vermeiden können. Dialog ist am besten geeignet, um politische Krisen zu lösen. Dazu muss man sich jedoch zunächst mit den Verbrechen der extremistischen Gruppen beschäftigen. Den Opfern fällt es oft schwer, eine Amnestie für die Täter zu akzeptieren. Die Betonung muss daher auf Vergebung gelegt werden. Vergebung öffnet die Tür zu aufrichtigem Dialog. Transitional Justice, zu der zum Beispiel auch eine Entschädigung der Opfer gehören kann, erleichtert die Vergebung. Und schließlich kommt auch der Religion eine wichtige Rolle bei der Wiederherstellung des sozialen Friedens zu: Schließlich führen Liebe, Vergebung und Frieden in den Himmel, nicht Hass und Gewalt. Daran müssen die radikalen Anhänger erinnert werden.



SAMIR ABI
hat einen Abschluss in
Bevölkerungswissenschaften
und Entwicklung von der
Universität Lüttich in Belgien

und arbeitet für Visions Solidaires, eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo.

samirvstg@gmail.com

Plädoyer für soziale Marktwirtschaft

Hochrangige christliche und muslimische Geistliche drücken gemeinsam ihre Sorge über die wachsende soziale Ungleichheit in Tansania aus. Sie fordern, niemand dürfe zurückgelassen werden.

Von Lawrence Kilimwiko

Spitzenvertreter der christlichen Kirchen und des Islam finden, ihr Land solle eine soziale Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild einführen. Die soziale Marktwirtschaft verbindet das kapitalistische Wirtschaftssystem mit Sozialpolitik, die Menschen vor Armut schützt. Die soziale Marktwirtschaft beruht auf sozialer Sicherung für die Bevölkerung und einen rechtlichen Rahmen, der ein Mindestmaß an Chancengleichheit sichert.

Anders als in einem sozialistischen Wirtschaftssystem werden Investitionen, Arbeit, Produktion und Vertrieb weder staatlich geplant noch gesteuert. Der Staat reguliert jedoch die Wirtschaftsaktivitäten und schafft geeignete Rahmenbedingungen. Dafür dienen unter anderem die Steuer-, Wettbewerbs-, Sozial-, Bildungs-, Infrastruktur- und Außenhandelspolitik.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in Tansania kürzlich ein Buch darüber veröf-

fentlicht. Es wurde unter Leitung der Interfaith Confederation Tansanias von einheimischen Wirtschaftsexperten und einem Experten der Konrad-Adenauer-Stiftung verfasst. Die Interfaith Confederation wird von den drei großen Religionen in Tansania getragen – römisch-katholisch, lutherisch und muslimisch. Sie hat beschlossen, sich mehr um das ökonomische Wohlergehen der Gläubigen zu kümmern.

Bei der Präsentation in Daressalam waren führende Geistliche präsent. Scheich Hassan Kabehe, das Oberhaupt des Muslimischen Rats der Mwanza-Region im Nordwesten des Landes, äußert sein Wohlwollen: „Religionsführer haben die Verantwortung, die Wirtschaft mitzugestalten, da Wirtschaftssysteme Teil der Religion sind.“

Tansania hat seit der Unabhängigkeit in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Wirtschaftsreformen getestet. 1967 setzte die Regierung auf den sogenannten „afrikanischen Sozialismus“, der auf einer staatlichen Kontrolle der Wirtschaft basierte. Die Annahme war, dass staatliche Kontrolle der Produktionsmittel zu Gleichheit und Wohlstand führen würde.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion galt das Modell jedoch als offensichtlich gescheitert. Folglich führte Tansania 1992 eine

freie Marktwirtschaft ein und liberalisierte den Handel. Das Modell war privatwirtschaftlich, aber die meisten einheimischen Unternehmen konnten weder mit der ausländischen Konkurrenz mithalten noch mit ihr kooperieren. Sie durften auch kein Kapital ausländischer Investoren anwerben.

Auch dieses Modell hat sich nicht bewährt. Sein Ergebnis ist eine große Kluft zwischen Arm und Reich. Das Land mit fast 60 Millionen Einwohnern stand 2018 nur auf Rang 159 (von 189 Ländern) beim Index für menschliche Entwicklung des UNDP (UN Development Programme). Der Index spiegelt Einkommen, Lebenserwartung und Bildungserfolg wider.

Das neue Buch befürwortet die Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Sie wird als maßgeblich für das deutsche Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet. Die Autoren glauben, dass diese – an die lokalen Gegebenheiten angepasst – eine inklusive und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Tansania möglich machen kann.

Geistliche in Tansania sind sich einig, dass religiöse Führer sich zu lange um wirtschaftliche Fragen nicht gekümmert hätten. Es sei nötig, Religion, soziale Dienste und wirtschaftliche Aktivitäten miteinander zu verbinden. Tatsächlich pflegen alle drei Glaubensrichtungen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, Wohltätigkeit und einem Anspruch aller auf Lebenschancen.

„Mit der sozialen Marktwirtschaft kann Tansania wirtschaftlich stark und auf regionalen und internationalen Märkten wettbewerbsfähig werden“, sagt Pater Charles Kitima, Exekutivsekretär der katholischen Bischofskonferenz Tansanias und einer der Mitwirkenden an dem Buch. Stephen Munga, ein protestantischer Bischof und Vorsitzender der Interfaith Commission, sagt: „Wir wollen nicht, dass irgendjemand zurückgelassen wird.“

BUCH

KAS-Tanzania, 2019: Social market economy model for Tanzania: Towards inclusive and sustainable economic development – Smet Model.



LAWRENCE KILIMWIKO ist Journalist, Autor und Medienberater. Er lebt in Daressalam.
lkilimwiko@yahoo.com



Kirchenführer in Tansania haben Vorstellungen über die richtige Wirtschaftsordnung: evangelischer Gottesdienst in Lushoto.



Interreligiöse Kooperation ist sehr wichtig. Fastenbrechen im Ramadan im niederländischen Groningen.

Ambitionierte Aufgabe

Die deutsche Entwicklungspolitik hat seit einigen Jahren das Potenzial von Religionsgemeinschaften für die Zusammenarbeit erkannt. Sie versucht, religiöse Akteure als Partner für nachhaltige Entwicklung zu gewinnen.

Von Berthold Weig

Im säkularisierten Europa gerät häufig in Vergessenheit, dass wir in einer religiös geprägten Welt leben. Gerade der globale Süden kann als sehr religiös charakterisiert werden. Aber auch viele Menschen in Industrieländern wie den USA, Kanada oder der Schweiz bezeichnen sich selbst als religiös, wenn nicht sogar als sehr religiös. Eine religiöse Grundhaltung wirkt sich auf die Lebensrealität aus und spielt bei Veränderungsprozessen eine wichtige Rolle. Die Entwicklungspolitik will das Leben der Menschen, die Institutionen und die Wirtschaft in Entwicklungsländern nachhaltig zum Besseren verändern. Deshalb dürfen Religionsgemeinschaften hierbei nicht außer Acht gelassen werden.

Die staatlichen Akteure in Deutschland haben das Defizit gesehen: Religionsgemeinschaften und ihre Vertreter waren über Jahrzehnte nicht als Partner in der

staatlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) vertreten. Die Begründung hierfür war, dass eine Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren nicht in Frage komme, da dies der religions- und weltanschaulichen Neutralität des Staates widerspreche. Damit versäumte es die Entwicklungspolitik allerdings, wichtige zivilgesellschaftliche Partner zu gewinnen.

2014 begann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), diese Lücke zu schließen. Es hat erkannt, wie wichtig Religionsgemeinschaften für entwicklungspolitische Ziele sind. Durch sie können nicht nur mehr Menschen erreicht werden, sondern auch Multiplikatoren, an die die staatliche Zusammenarbeit sonst nicht herankommt. Ein Beispiel sind die erfolgreichen Partnerschaften der kirchlichen Hilfswerke.

Das BMZ legte die Grundlagen ihrer Kooperation mit religiösen Organisationen 2016 in der Strategie „Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ fest. Darin sind zehn Maßnahmen beschrieben, unter anderem „Neue Partner gewinnen – Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren ausbauen“, „Netzwerke ausbauen – Kapazitäten von religiösen Hilfsorganisationen

verbessern“, „Religious Literacy erhöhen“, „den Faktor Religion berücksichtigen“ und „Kräfte bündeln – internationales Bündnis schaffen“.

Religiöse Akteure sind starke zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich auf vielfältige Weise für nachhaltige Entwicklung engagieren. Das BMZ greift das auf und richtet seine Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften zentral auf die Erreichung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) aus. Dabei geht es weder um Missionierung noch um konfessionell gebundene oder orientierte Kooperation. Und es werden auch keineswegs nur die klassischen kirchlichen Partner, sondern vor allem andere religiöse Akteure und Gemeinschaften angesprochen.

ANSPRUCHSVOLLE AUFGABE

Wir stehen noch relativ am Anfang damit, die Potenziale der Religionsgemeinschaften für die internationale Zusammenarbeit fruchtbar zu machen, obgleich wir schon wichtige Schritte geleistet und vieles erreicht haben (siehe Kasten, S. 23). Uns ist bewusst, dass es sich um ein anspruchsvolles, vielleicht auch mutiges Programm handelt. Die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften, religiösen Akteuren und Faith-Based Organisations (FBO) unterliegt der Vorgabe, dass eine religions- und weltanschaulich neutrale Entwicklungspolitik mit staatlichen Finanzmitteln zivilgesellschaft-

liche und gesellschaftspolitische, jedoch keine explizit religiösen Aktivitäten mit religiösen Partnern unterstützt und fördert.

Die staatliche Entwicklungspolitik handelt daher religions- und weltanschauungsneutral. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wertneutral wäre. Im Gegenteil: Unsere Arbeit orientiert sich ganz wesentlich an den Kriterien der Nachhaltigkeit, der Rechtsstaatlichkeit mit besonderem Augenmerk auf die Menschenrechte und auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze. Aus dieser Haltung heraus verweisen wir auf die Bedeutung der Religionsfreiheit. Sie muss weltweit gewährleistet sein, da sie eine wichtige Grundlage dafür ist, dass Religionsgemeinschaften sich für die SDGs einsetzen können.

Wir wollen Religionsgemeinschaften, relevante religiöse Akteure sowie religiös

basierte oder orientierte Organisationen als Partner gewinnen und mit ihnen neue Wege gehen. Wir möchten das große Potenzial dieses EZ-Feldes sichtbar machen. Dabei steht weniger ein interreligiöser oder intrareligiöser Dialog im Vordergrund, den das BMZ als staatlicher Akteur selbst nicht führt. Vielmehr geht es um einen entwicklungsorientierten, gesellschaftspolitischen Dialog mit Religionsgemeinschaften, religiösen Akteuren und FBOs. Dieser Dialog zeigt sich zunehmend in interreligiöser Zusammenarbeit, die wir sehr unterstützen. Denn es geht um den Aufbau von positivem Sozialkapital genauso wie um die Mitgestaltung politischer und wirtschaftlicher Räume in den Ländern des globalen Südens mit werteorientierten Akteuren, die vieles beizutragen vermögen.

Das Interesse an diesem Thema ist in den vergangenen Jahren sowohl auf EU-

Ebene als auch auf UN-Ebene spürbar gewachsen. Wir wollen das Bewusstsein für die Chancen dieser Partnerschaft schärfen – in die gesamte Entwicklungspolitik wie auch in die Öffentlichkeit hinein.

LINK

BMZ Strategiepapier, 2016: Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit.
https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie275_religionen_als_partner.pdf



BERTHOLD WEIG

ist Referent für Grundsätze Religion und Entwicklung im Bundesministerium für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).
berthold.weig@bmz.bund.de

Was wir tun

Seit 2014 setzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf eine Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften, religiösen Akteuren und konfessionellen Organisationen. Die Strategie für dieses relativ neue Feld sieht wie folgt aus.

1. DAS THEMA IN DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG VERANKERN

Zunächst müssen alle Beteiligten in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) für eine Kooperation mit Religionsgemeinschaften und religiösen Akteuren und das darin liegende Potenzial sensibilisiert werden. Das Ziel ist, dass Religionsgemeinschaften in bestehenden und neuen Programmen und Projekten berücksichtigt und miteinbezogen werden. So

werden beispielsweise Entwicklungsfachkräfte durch Fortbildungen im Umgang mit religiösen Akteuren und ihren gesellschaftlichen Wirkungen unterstützt.

Das vom BMZ beauftragte Sektorvorhaben „Werte, Religion und Entwicklung“ berät darüber hinaus die gesamte staatliche EZ zum Thema. Dies wird auch zunehmend von allen Bereichen nachgefragt.

2. PILOTPROJEKTE UND LEUCHTTÜRME UMSETZEN

Die Wirkungen aus der Kooperation mit Religionsgemeinschaften und religiösen Akteuren zeigen sich zuallererst in konkreten Projekten und Programmen. Hierfür identifizieren wir Pilotprojekte und bringen diese ins Feld. Daraus entstehen sogenannte Leuchttürme, die signifikante Wirkungen erreichen und sichtbar machen. Ein Beispiel

dafür ist das Projekt „iDove“ (Interfaith Dialogue on Violent Extremism). Junge Friedensaktivisten aus Afrika und Europa aus ganz unterschiedlichen religiösen Kontexten trainieren sich unter professioneller Anleitung gegenseitig in Methoden und Maßnahmen, um Extremismus und Radikalisierung vor allem bei Jugendlichen zu begegnen. Sie fungieren als wichtige Multiplikatoren, die das Erlernte in ihre Heimatregionen tragen und dort als Trainer weitergeben.

3. IM NETZWERK PARTKOOPERIEREN

2017 wurde auf Betreiben des BMZ die „International Partnership on Religion and Sustainable Development (PaRD)“ gegründet (siehe auch Interview mit Ulrich Nitschke, S.23). Im Rahmen von PaRD kooperieren staatliche und multilaterale Akteure sowie zivilgesellschaftliche und religiös motivierte Organisationen auf internationaler Ebene, um einen Beitrag zu den Nachhaltigkeits-Ent-

wicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) zu leisten. Die Partnerschaft profitiert von der Vielfaltigkeit ihrer Mitglieder, den enormen Kapazitäten und der Strahlkraft der beteiligten religiösen Akteure. Mittlerweile sind 107 Organisationen beigetreten (Stand August 2019), darunter Regierungsorganisationen (BMZ, USAID, Global Affairs Canada, Außenministerium Dänemark, NoRAD), internationale Organisationen (Weltbank, KAICI-ID) sowie religiöse, zivilgesellschaftliche und akademische Organisationen (ACT Alliance, Catholic Relief Services, Humboldt-Universität zu Berlin, Islamic Relief Worldwide, Buddhist Relief, Misereor, Sant'Egidio).

Thematische Schwerpunkte sind: Gesundheit (SDG3), Gleichberechtigung der Geschlechter (SDG 5), Umwelt und Klima (SDGs 6, 13, 14 und 15) sowie Frieden (SDG 16). PaRD hat sich mittlerweile international positioniert und nimmt eine Vorreiterrolle beim Thema Religion und Entwicklung ein. (bw)

Die Ambivalenz der Religionen

Die International Partnership on Religion and Sustainable Development (PaRD) ist auf deutsche Initiative hin vor fünf Jahren entstanden. Dem Netzwerk gehören staatliche, religiöse und zivilgesellschaftliche Institutionen an. Ulrich Nitschke, der Leiter des PaRD-Sekretariats, erläutert im Interview, weshalb seiner persönlichen Sicht zufolge Religionen einerseits auch für machtpolitische Zwecke missbraucht werden können, andererseits aber zur Erreichung universeller Ziele beitragen.

Ulrich Nitschke im Interview
mit Hans Dembowski

Was ist interreligiöser Dialog?

Es geht im Kern darum, Glaubensdifferenzen und -gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Religionszugehörigkeiten im Gespräch zu erörtern. Je mehr verschiedene Religionsgemeinschaften beteiligt sind, umso komplizierter wird es.

Aber es gibt doch Werte wie Frieden, Gewaltfreiheit oder Nächstenliebe, die auf unterschiedliche Weise in allen Religionen verankert sind.

Ja, es gibt fünf übereinstimmende grundlegende Normen:

- Die goldene Regel: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.
- Bewahrung der Schöpfung, was wir modern ökologische Nachhaltigkeit nennen.
- Du sollst nicht töten, in allen Weltreligionen gibt es das Tötungsverbot.
- Die Gleichheit aller vor dem Göttlichen, dass niemand mehr wert ist als der andere.
- Religionsfreiheit und Schutz derselben.

Was das in der Praxis bedeutet, ist aber sehr stark kontextabhängig. Besonders problematisch ist religiöser Nationalismus, der tendenziell weltweit zunimmt. Sei es Hindu-Nationalismus, sunnitischer Nationalismus oder katholischer Nationalismus. In einigen Ländern stellen Politiker ihre jeweilige Religionsgemeinschaft gern als

irgendwie benachteiligt oder betrogene Bevölkerungsgruppe dar, setzen sie aber auch mit der ganzen Nation gleich. Sie nutzen die Religion dazu, ein latent aggressives Wir-Gefühl zu erzeugen, was mit den spirituellen Grundlagen des Glaubens oft nicht viel zu tun hat.

Manchmal stellen sie sich sogar gegen die Grundlagen. In Polen betont Jaroslaw Kaczynski zum Beispiel die katholische Identität Polens, lehnt aber jegliche Kompromisse in Sachen Migration ab. Damit widerspricht

deren identitätsprägenden Dingen wie etwa Sprache, Ethnie, Familienzugehörigkeit oder regionaler Herkunft vermengt. Bei PaRD ist uns die grundsätzliche Ambivalenz von Religionen bewusst. Sie predigen einerseits universelle Werte, können aber auch identitätspolitisch verwendet werden. Um sich dem politischen Missbrauch entgegenstellen zu können, müssen wir verstehen, wie Legitimation aufgebaut wird.

Kann interreligiöse Kooperation solchen Missbrauch denn verhindern?

Wechselseitiges Verständnis ist jedenfalls hilfreich, und interreligiöser Dialog kann sogar ganz wesentlich zur Schaffung und Sicherung von Frieden beitragen – zum Beispiel in der Zentralafrikanischen Republik. Dort ist der Staat im Bürgerkrieg kollabiert.



Salvini mit
Rosenkranz.

er direkt dem Papst, der für die Aufnahme von Geflüchteten eintritt. In Italien ist aus ähnlichen Gründen bizarr, dass Matteo Salvini, der kürzlich aus der Regierung ausgeschiedene Innenminister, gern mit einem katholischen Rosenkranz in der Hand gegen Flüchtlinge wettet.

Religiöse Symbolik kann genutzt werden, um machtpolitische Partikularinteressen voranzubringen. Sie wird dann oft mit an-

Es funktioniert praktisch nichts mehr. Aber wenn die Spitzenleute der katholischen Kirche, des Islams und der Evangelischen Provinienz sich zu Gesprächen treffen, bekommt das große Aufmerksamkeit. Und wenn sie etwas vereinbaren, hat das Konsequenzen, denn sie sind die Einzigen, die noch so etwas wie kollektive Autorität im Land ausüben können. Auch in anderen Krisengebieten, wie etwa der philippinischen

Insel Mindanao oder Sri Lanka, ist häufig der interreligiöse Dialog Beginn für bessere Zusammenarbeit in der lokalen oder regionalen Entwicklung.

Die weltweit gefährlichste Spannung besteht aber derzeit zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems, also nicht zwischen Angehörigen von unterschiedlichen Religionen.

Die Erfahrung zeigt, dass intrareligiöser Dialog oft deutlich schwieriger und komplexer ist als interreligiöser Dialog. Das hat unter anderem damit zu tun, dass die jeweils andere Seite sich auf dieselben Grundlagen bezieht wie die eigene. Die eigene Position wird also heftiger in Frage gestellt. Intrareligiöser Dialog findet oft nicht statt – besonders dann nicht, wenn er dringend nötig wäre. Selbst innerhalb theologisch recht klar definierter Strömungen kann es Spannungen geben. Das ist zum Beispiel aktuell bei den Wahhabiten in Saudi-Arabien der Fall. Zu ihren Grundprinzipien gehört, den Koran wortwörtlich auszulegen. Dennoch gibt es innerhalb des Wahhabismus große Meinungsverschiedenheiten. Terroristische Organisationen wie Al-Qaida oder ISIS haben ihre Wurzeln in dieser Doktrin, werden aber mittlerweile vom wahhabitischen Königshaus bekämpft. Andererseits gehört auch der neue Direktor der multilateralen Islamischen Entwicklungsbank in Dschidda offiziell dem saudischen Königshaus an, steht aber eher für eine sehr gemäßigte und kooperative Wahhabitische Tradition. Die Bank arbeitet mit Krediten und entwickelt Islamic Finances. Die Kluft, die sich innerhalb Wahhabitischer Strömungen geöffnet hat, ist bemerkenswert.

Mich irritiert, wie wenig die westliche Öffentlichkeit über den Islam und seine verschiedenen Strömungen weiß. Viele Europäer haben Angst vor „dem“ Islam, nehmen aber gar nicht zur Kenntnis, dass islamistische Gewalt mehr Moslems als Christen das Leben kostet.

In der Tat sind heute uralte Ängste in Europa virulent, die mit der heutigen Welt nicht viel zu tun haben. In der Entwicklungspolitik legen wir deshalb zunehmend Wert auf „religious literacy“. Wer ins Ausland entsandt wird, nimmt vorher an einem entsprechenden Kurs teil. Früher lief das unter dem Schlagwort „interkulturelle Kompetenz“, aber angesichts der großen Bedeutung, die



Gemeinsame Werte erleichtern Zusammenleben: Kirchturm und Minarett in Amman.

Religion in vielen Partnerländern hat, reicht das nicht. Religious literacy erfordert nicht nur ein Grundwissen über die andere Religionen und kulturelle Bedingtheiten, ihre Feiertage und heiligen Schriften. Nötig ist auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft. Wer sich auf ein anderes Weltbild einlassen soll, muss die Erfahrungen und Enttäuschungen mit Glaubenssätzen verstehen. Es gibt ja auch sehr unterschiedliche Verständnisse von Säkularität.

Ja, die Gründungsväter und -mütter der USA wollten Kirche und Staat trennen. Sie entschieden sich für Äquidistanz zu den verschiedenen Kirchen, damit der Glaube nicht von politischem Streit beeinträchtigt werden kann. Dagegen betrachteten Politiker wie Jawaharlal Nehru in Indien oder Atatürk in der Türkei den Glauben ihrer Landsleute als rückständig. Ihr Verständnis von Säkularismus lief auf Geringschätzung und Zurückdrängung der Religion hinaus.

Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ohne die Trennung von Glaube und Staat gar nicht möglich. Der Münchner Kardinal und Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz Reinhard Marx spricht deshalb zu Recht von den „Errungenschaften der Säkularität“. Selbstverständlich erfordert auch interreligiöser Austausch im Sinne der Äquidistanz eine säkulare Grundlage.

Was ist denn noch nötig, damit friedensbildender interreligiöser Dialog zustande kommt?

Es gibt drei Voraussetzungen:

- Nötig sind Moderatoren mit großer Religions- und Kulturkenntnis und hoher Glaubwürdigkeit, die von allen Beteiligten akzeptiert werden.
- Die Beteiligten selbst müssen den Dialog wollen. Der Impuls sollte am besten von ihnen ausgehen. Ein erfolgreicher Dialog erfordert Freiwilligkeit und kann nicht von außen aufgezwungen werden.
- Wenn Geberinstitutionen den Dialog fördern, müssen sie die Zügel loslassen. Die Sache geht schief, wenn sie eigenen Zielen und Vorstellungen Priorität geben.

Ist interreligiöser Dialog grundsätzlich auf einen Zweck wie Friedensbildung ausgerichtet?

Ohne Ziel findet in der Regel kein Dialog statt. Aus PaRD-Perspektive ist interreligiöser Dialog ein Instrument von mehreren, die wir nutzen, um das Potenzial der Religionen für die Erreichung der SDGs zu erschließen. Wir wollen Partner finden und mit ihnen zusammenarbeiten. Dabei behandeln wir viele unterschiedliche Themen mit unterschiedlichen Instrumenten. Das reicht vom Bildungs- und Gesundheitswesen über Gendergerechtigkeit bis hin zur ökologischen Nachhaltigkeit.

Ist es nicht Missbrauch, den Glauben für unmittelbar politische Zwecke zu instrumentalisieren?

Diese Kritik höre ich immer wieder, sie leuchtet mir aber nicht ein. Wir schaden dem Glauben oder den religiös motivierten Institutionen nicht, sondern beziehen uns auf ethische Normen, die in allen Religionen verankert sind. PaRD strebt die universellen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 an, die von den Vereinten Nationen einstimmig akzeptiert wurden. Es geht darum, gemeinsam mehr zu erreichen. Was ist daran missbräuchlich?



ULRICH NITSCHKE
leitet das PaRD-Sekretariat, das bei der GIZ in Bonn angesiedelt ist. PaRD steht für International Partnership

on Religion and Sustainable Development. In diesem Interview vertritt er seine persönliche Meinung.

ulrich.nitschke@giz.de

Twitter: @nitschke_ulrich

<http://www.partner-religion-development.org/>

Wahlkampf mit rassistischem Rückenwind

In Sri Lanka stehen im Dezember Präsidentschaftswahlen an. Bei dem Urnengang werden die Menschen auch darüber abstimmen, ob sie unter einer buddhistisch-singhalesischen Theokratie leben wollen oder in einem offenen, multikulturellen Land, in dem alle Religionen und Ethnien die gleichen Rechte haben.

Von Anupama Ranawana-Collie und Arjuna Ranawana

Die Bombenanschläge am Ostersonntag auf drei Kirchen und drei Hotels, bei denen rund 260 Menschen getötet wurden,

Befreiungstigern von Tamil Eelam (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE) und den Regierungstruppen war es relativ ruhig gewesen. Unter der Oberfläche köchelten die Spannungen jedoch stets weiter, und neue kamen hinzu.

Die Selbstmordattentate vom April, verübt von extremistischen Islamisten der Organisation National Thowheed Jamaat, waren gegen die christliche Minderheit in Sri Lanka gerichtet. Doch sie dienten sofort Buddhisten als Legitimation für anti-muslimische Ressentiments und Aktionen. Rechtsnationalistische Organisationen wie die „buddhistische Streitmacht“ Bodu Bala

mus gewarnt hatten, erhielten Rückenwind.

Die ethnischen und religiösen Spannungen in Sri Lankas komplexer Gesellschaft gehen bis auf die Kolonialzeit und davor zurück. Sie haben immer wieder zu Gewalt geführt. Zu den Ereignissen, die in die Geschichte eingingen, gehören beispielsweise die Kotahena-Aufstände von 1883, blutige Zusammenstöße zwischen Buddhisten und Katholiken sowie die singhalesisch-muslimischen Krawalle von 1915, in denen Buddhisten gegen Muslime kämpften.

Dabei können ethnische und religiöse Ursachen der Konflikte nicht voneinander getrennt werden: Die Zugehörigkeiten überlappen sich in Sri Lanka, und religiöse Identität bildet zu einem gewissen Teil die Grundlage der ethnischen Identität. So entstanden „ethno-religiöse“ Gruppen.

Die größte Bevölkerungsgruppe bilden die Singhalesen, die überwiegend Buddhisten sind. Die zweitgrößte Gruppe sind die Tamilen, mehrheitlich Hindus. Darüber hinaus gibt es Muslime und Christen, Letztere sowohl unter Singhalesen als auch unter Tamilen, sowie einige weitere kleine Religionsgemeinschaften.

Die buddhistischen Singhalesen sehen Sri Lanka von jeher als ihr Heimatland an. Sie sagen, sie hätten schon immer hier gelebt. Aus ihrer Sicht haben sie eine ununterbrochene Geschichte als buddhistisch-singhalesische Nation. Die hinduistischen Tamilen hingegen lebten als Minderheit immer in einem Gefühl der Unsicherheit. Manche von ihnen wurden von der britischen Kolonialmacht auf die Insel gebracht, um auf Plantagen zu arbeiten. Ihr Gefühl des Ausgrenztseins verstärkte sich, als die Singhalesen nach der Unabhängigkeit an die Macht kamen und Sonderrechte der ethnischen Minderheiten – etwa in den Bereichen Bildung, Handel und Politik – beschnitten.

SPRACHE, RELIGION UND IDENTITÄT

Eine wichtige Rolle spielt die Sprache. Bis zur Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1948 war Englisch die Amts- und Bildungssprache. Danach entbrannte ein Streit darüber, ob Singhalesisch und Tamil diese Funktion gleichberechtigt übernehmen sollten – oder nur die Sprache der Bevölkerungsmehrheit. Nach einem Wahlkampf,



Galagoda Aththe Gnanasara nach seiner Freilassung im Mai.

haben Sri Lanka aus einer zehnjährigen weitgehend friedlichen Zeit gerissen. Seit dem Ende des Bürgerkriegs zwischen den

Sena (BBS), eine von buddhistischen Mönchen gegründete Organisation, die schon seit Langem vor islamistischem Extremis-



der zu großen Teilen darüber geführt wurde, kam 1956 eine nationalistische Koalition an die Macht, die Singhalesisch als einzige offizielle Sprache durchsetzte.

Das war einer der Hauptauslöser dafür, dass die Tamilen in den 1960er und 70er Jahren begannen, für sprachliche und politische Rechte zu kämpfen. Als ihnen diese nicht gewährt wurden, forderten sie einen eigenen Staat in den Gebieten, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Als auch das scheiterte, griffen mehrere Gruppen zu den Waffen. Die Folge waren drei Jahrzehnte Bürgerkrieg.

Der Konflikt wird oft als ethnischer Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen dargestellt. Die Mobilisierung und Rhetorik waren aber auch stark religiös geprägt (Buddhisten gegen Hindus). Den Sieg über die LTTE stellte die damalige nationalistische Regierung unter Präsident Mahinda Rajapaksa schließlich als Sieg der Singhalesen über die Tamilen dar und als Aufstieg des in Sri Lanka praktizierten Buddhismus über alle anderen Religionen.

Auch nach 2009 waren die ethnischen und religiösen Spannungen nicht verschwunden. Alle folgenden Regierungen haben sie genutzt und gehen bis heute nicht entschieden gegen radikale Prediger und Intoleranz vor, um ihre Wählerschaft nicht zu vergraulen. Christen, besonders die Anhänger der evangelikalen Kirchen, werden bedroht und eingeschüchtert. Auch Muslime waren in den vergangenen Jahren zunehmend Ziel von Angriffen und Hassreden. Sie gehen zumeist von nationalistisch-buddhistischen Gruppen wie BBS aus, die im Laufe der Jahre zu einer Bewegung geworden ist, die große Teile der sri-lankischen Gesellschaft erreicht. Sie konnte außerdem auf die stillschweigende Unterstützung der Re-

gierung Rajapaksas zählen, der bis 2015 im Amt war.

Bei einer großen Demonstration im Februar 2013 veröffentlichte BBS eine Zehn-Punkte-Resolution, die unter anderem vorsah, dass Lebensmittel nicht mehr als halal zertifiziert werden, Frauen nicht mehr im Nahen Osten arbeiten dürfen und keine Moscheen mehr gebaut werden, die von arabischen Ländern bezahlt werden. Außerdem verbreitete sie die Behauptung, Muslime würden das buddhistische Erbe zerstören und muslimische Geschäftsinhaber ihre singhalesischen Angestellten zwingen, zum Islam überzutreten. Diese breit angelegte Kampagne gipfelte im Juni 2014 in Aufständen, die vier Menschen das Leben kosteten. Rund 80 weitere wurden verletzt und Tausende vertrieben. Die Anführer von BBS und anderen radikalen Gruppen kamen ungeschoren davon.

Eine weitere Welle der Gewalt gegen Muslime gab es im Februar 2018. Diesmal ging sie in erster Linie von der Gruppe Mahason Balakaya aus. In Sri Lankas Zentralprovinz wurden zahlreiche Geschäfte zerstört, die Muslimen gehörten, nachdem eine Gruppe muslimischer Jugendlicher im Streit einen Singhalesen getötet hatte. Ein sehbehinderter Muslim starb in einem brennenden Haus. Die Anführer der verantwortlichen extremistischen Organisationen wurden festgenommen und angeklagt. Sie sind derzeit auf Kautions frei.

Die Attentate von Ostersonntag führten zum jüngsten Aufflammen antimuslimischer Aktionen. Gut drei Wochen danach wurden muslimische Geschäfte in mehreren Städten im Nordwesten und Westen angegriffen. Laut dem muslimischen Aktivist Hilmy Ahamed liegen den meisten dieser Vorfälle geschäftliche Rivalitäten zugrunde. „Aber mit Rassismus wird der Mob mobilisiert.“ Gegen muslimische Firmen läuft eine regelrechte Kampagne, und viele Singhalesen haben ihre Geschäfte mit „Api Sinhala“-(„Wir sind Singhalesen“-)Aufklebern versehen.

BESTÜRZENDE BEGNADIGUNG

Galagoda Atthe Gnanasara, ein buddhistischer Mönch und Generalsekretär von BBS, wurde im vergangenen Jahr zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er Anwälte und eine Zeugin vor Gericht bedroht hatte. Kurz nach dem Ostersonntagsterror begnadigte Prä-

sident Maithripala Sirisena ihn, obwohl er noch nicht einmal ein Jahr seiner sechsjährigen Strafe abgesessen hatte. Damit scheint der Staatschef sich die Unterstützung der buddhistisch-singhalesischen Hardliner sichern zu wollen. Die aktuelle Regierung hat den radikalen Mönch auch zuvor nicht kritisiert – obwohl sie hauptsächlich mit den Stimmen von Hindus, Christen und Muslimen an die Macht gekommen war. Die Begnadigung löste Bestürzung unter Menschenrechtlern in Sri Lanka aus. Sie wird nun vor Gericht angefochten. BBS hingegen genießt die volle öffentliche Aufmerksamkeit, hält große Kundgebungen ab und dominiert die Fernsehberichterstattung.

Die ethnischen Spannungen spielen auch der nationalistischen Sri Lanka Podujana Party (SLPP) unter der Führung von Ex-Präsident Rajapaksa in die Hände. Sie will bei den anstehenden Wahlen mit dessen Bruder Gotabaya Rajapaksa als Kandidat zurück an die Macht gelangen und versucht, sich die Unterstützung der singhalesischen Wähler mit rassistischen Äußerungen zu sichern. Gnanasara sagte auf einer Demonstration in der Stadt Kandy sogar, er wolle ein Parlament, in dem nur buddhistisch-singhalesische Abgeordnete sitzen. „Wir dürfen keine Minderheiten im Parlament haben, denn das gibt ihnen die Macht, über Regierungen zu entscheiden.“

Es ist zu hoffen, dass der bevorstehende Wahlkampf eine öffentliche Debatte darüber auslöst, in was für einem Land die Sri Lanker leben wollen. Ob sich schließlich die buddhistisch-singhalesische Theokratie durchsetzen wird oder eine multikulturelle Vision mit dem Mut, alle Religionen und Ethnien gleich zu behandeln, die Oberhand gewinnt, werden wir im Januar wissen. Die Ironie besteht darin, dass unterschiedliche Religionsgemeinschaften in Sri Lanka lange friedlich zusammengelebt haben. Dieser Frieden ist aber nicht garantiert, denn Identitätspolitik ist für rücksichtslose Politiker ein Vehikel zur Macht.

ANUPAMA RANAWANA-COLLIE

ist Theologin, Autorin und Wissenschaftlerin und derzeit Gastwissenschaftlerin an der Oxford Brookes University im britischen Oxford.
Twitter: @ARanawana25

ARJUNA RANAWANA

arbeitet als Redakteur bei RepublicNext.com.
arjuna@republicnext.com



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Tweets 14.500 Folge ich 2.068 Follower 5.647 Gefällt mir 220 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation. Imprint: ow.ly/NBiv30kfnGm

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

5.403 Fotos und Videos

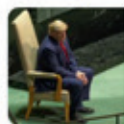


Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C

Editorial office D+C @forumdc · 23 Min.

The absurdity of what #Trump just said at the #UN needs to be pointed out



The absurdity of what Trump just said at the UN ne...
Today's Financial Times includes a short item dealing with the United Nations General Assembly. The absurdity of what US President Trump said in that context is worth dandc.eu



D+C

Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.

World religions share important principles, including peace, justice and charity ow.ly/KqU450wuxqL #religion #peace #justice #charity



World religions share important principles, includin...
In politics, there are two different ways to refer to religion.



Du möchtest alle neuen Funktionen in Twitter ausprobieren?

Kein Problem, melde dich einfach an!

Anmelden

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren



Tiefer konfessioneller Graben

Ein Hauptgrund für anhaltende Spannungen und Instabilität im Nahen Osten ist die tiefverwurzelte Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien – der Iran ist das schiitische Bollwerk der Region, Saudi-Arabien sein sunnitischer Erzfeind.

Von Maysam Behravesch

Bei dieser geostrategischen Rivalität geht es um Einfluss in der Region, um „Spielregeln“ und darum, eine Art „Kräfteverhältnis“ herzustellen. Beide Länder sind an Stellvertreterkriegen im Jemen und in Syrien beteiligt; Jemens Huthi-Rebellen gehören einer schiitischen Sekte an und werden vom Iran unterstützt. Der syrische Diktator Bashar al-Assad gehört einer anderen schiitischen Sekte an. Die Rivalität spiegelt sich auch in der militanten Gewalt im Irak wider.

Diese Feindschaft hat eine klare religiöse Dimension. Die uralte sunnitisch-schiitische Glaubensspaltung stammt noch aus Zeiten des Propheten Mohammed (siehe Kasten nächste Seite). Die Islamische Republik Iran basiert auf der Zwölfer-Schia des schiitischen Islam und wird vom Klerus kontrolliert. So hat der oberste Führer Ajatollah Khamenei, ein hochrangiger Geistlicher,

mehr Macht als Präsident Hassan Rouhani, auch wenn dieser vom Volk gewählt wurde.

Saudi-Arabien hingegen ist eine absolutistische Monarchie. Seine religiöse Doktrin ist die wahhabitische Version des sunnitischen Islam, die auf der wörtlichen Auslegung der heiligen Schriften besteht. Da die heiligen Städte Mekka und Medina in Saudi-Arabien liegen, beanspruchen die Wahhabiten die internationale religiöse Führerschaft für sich.

Ungünstigerweise instrumentalisieren beide Seiten ihren Glauben und machen ihn zum außenpolitischen Instrument. Die Führer beider Länder betrachten sich als göttlich legitimiert, Einfluss zu nehmen und Macht auszuüben.

Im Januar 2016 spitzte sich die Lage zwischen dem Iran und Saudi-Arabien zu, als Riad Nimr al-Nimr hinrichten ließ, einen Geistlichen, der einer in Saudi-Arabien marginalisierten schiitischen Minderheit angehörte. Nimr wurden enge Beziehungen zum Iran und Begünstigung von Terrorismus vorgeworfen.

In dieser Zeit ließ die saudische Regierung 47 „Terroristen“ hinrichten, darunter Faris al-Zahrani, einen Führer der Terrororganisation Al-Qaida, die eigentlich wahha-

bitische Wurzeln hat. Nimr zusammen mit Al-Qaida-Sträflingen hinrichten war eine klare Botschaft an Teheran. Die Saudis meinen, der Iran kultivierte besonders die schiitische Minderheit, und zeigten, dass sie eine solche Einmischung nicht tolerieren würden.

Daraufhin setzten staatsnahe Hardliner die saudische Botschaft in Teheran in Brand. Ein weiterer radikaler Mob griff das saudische Konsulat im nordöstlichen Maschhad an. Saudi-Arabien und sein enger Verbündeter Bahrain kappten daraufhin alle diplomatischen Beziehungen zum Iran. Das hat die Spannungen weiter verschärft, was sich besonders im eskalierenden Stellvertreterkrieg im Jemen zeigt. Im Mai 2017 kündigten die Saudis an, die Huthis „innerhalb weniger Tage“ zu stürzen – doch der Krieg dauert an. Laut UN wütet im Jemen die schlimmste von Menschen verursachte Katastrophe.

EXTREMISTISCHE IDEOLOGIEN

Etliche Annäherungs- und Versöhnungsversuche des als gemäßigt geltenden Präsidenten Rouhani sind gescheitert. Saudi-Arabiens führender Kopf Mohammed bin Salman (MbS) will keine Entspannung der Lage. Im Mai 2017, kurz bevor er Kronprinz wurde, äußerte er seine sektiererischen Ansichten und schloss jeglichen Dialog mit dem Iran aus. In einem Interview sagte er, das schiitische Regime „basiere auf einer extremistischen Ideologie“ und wolle „die islamische Welt kontrollieren“.

Saudi-Arabien hat auch extremistische Absichten und will die islamische Welt kontrollieren. Seine Missionare verbreiten schon lange ihre fundamentalistischen Ansichten im Ausland (siehe Rezensionssatz auf S. 34). MbS warnte außerdem: „Wir warten nicht ab, bis der Kampf zu uns kommt, wir werden alles dafür tun, dass der Kampf im Iran stattfindet, nicht in Saudi-Arabien.“

Anfang Juni 2017 verübte die von Saudi-Arabien verschmähte Terrororganisation ISIS, die ebenfalls aus dem Wahhabismus hervorgegangen ist, einen Anschlag auf das iranische Parlament und das Mausoleum des verstorbenen Ajatollah Khomeini. Dabei starben mindestens 16 Menschen.

Bei einem Angriff auf eine Militärparade in der südiranischen Stadt Ahwaz im September 2018 kamen 25 Menschen ums Leben, auch Zivilisten. ISIS und die sunni-



Der Stellvertreterkrieg im Jemen verursacht enormes Leid.

tische Organisation al-Ahvaziya bekannten sich dazu.

Eine weitere sunnitische Rebellen-gruppe – Jaish ul-Adl (Armee der Gerechtigkeit) – ist im Osten des Iran an der pakistanischen Grenze aktiv. Im Februar 2019 tötete eine Autobombe mindestens 27 Mitglieder der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC).

Iran hat Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) für die Unterstützung militanter sunnitischer Gruppen kritisiert. Es gab auch Racheaktionen, bei denen Huthis saudisches Territorium mit Raketen und Drohnen angriffen. Man vermutet, dass diese mit iranischer technischer Unterstützung hergestellt, wenn nicht sogar von Teheran zur Verfügung gestellt wurden.

Mitte September setzten Drohnen eine saudische Raffinerie in Brand. Huthi-Truppen erklärten, sie seien verantwortlich, aber Washington und Riad gaben Teheran die Schuld.

Der Iran unterstützt auch andere Mili-zen, etwa die schiitische Hisbollah im Libanon. Generell unterstützt der Iran keine sunnitischen Kämpfer – außer der Hamas im Gazastreifen, die der von Ägypten und Saudi-Arabien geächteten Muslimbruderschaft nahesteht. Die Muslimbrüder sind Sunniten, aber keine Befürworter des Wahhabismus. Während Ägypten und Saudi-Arabien be-

haupten, Frieden mit Israel zu wollen, gibt der Iran vor, arabische Interessen zu vertreten, um die Legitimität Israels zu leugnen.

US-Präsident Donald Trump hat sich dezidiert auf die Seite der Saudis gestellt. Auf seiner ersten Auslandsreise nach Amtsantritt berief er 2017 einen Antiterrorgipfel in Riad ein. Es kamen vor allem Vertreter sunnitisch-muslimischer Länder aus aller Welt. Man erklärte Teheran zur Terrorzentrale, alle Länder wurden gedrängt, die Islamische Republik zu isolieren.

Trump's Vorgehen war nicht erfolgreich. Kurz nach dem Gipfel entschied Katar, seine guten Beziehungen zum Iran beizubehalten. Katar muss mit dem Iran kooperieren, um Erdgasfelder im Meer zu erschließen, ist nun aber von den anderen Golfmonarchien isoliert. Kürzlich beschlossen die VAE jedoch, ihre Militärpräsenz im Jemen zu drosseln und mit Teheran über die maritime Sicherheit zu verhandeln.

Trump's „Maximaldruck“-Politik gegenüber dem Iran schmerzt das Land, blieb bisher aber erfolglos. Beobachter wissen, dass die Lage immer komplexer war, als Trump denkt.

Besorgniserregend ist, dass es so aussieht, als ob das Atomabkommen scheitert. Zusammen mit Deutschland, Frankreich, Britannien, Russland und China hatte

Trump's Vorgänger Barack Obama die Wirtschaftssanktionen aufgehoben – im Gegenzug sollte Teheran kein Uran mehr für den Bau von Atomwaffen anreichern.

Ideologische und konfessionelle Differenzen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien bleiben. Sie könnten sogar zu einem für den gesamten Nahen Osten verheerenden Krieg eskalieren. Da Russland und China tendenziell auf iranischer Seite und nicht auf der Seite der USA stehen, ist die Lage brandgefährlich.

Die Region braucht friedlichere Strategien. Eine Versöhnung wäre möglich, wenn beide Seiten lernen würden, konfessionelle Unterschiede zu akzeptieren und diese nicht mehr für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Aktuell mag das utopisch klingen, aber es ist machbar. Tatsächlich haben schiitische Minderheiten lange in überwiegend sunnitischen Gebieten gelebt, so wie es sunnitische Gemeinden im heutigen Iran tun.



MAYSAM BEHRAVESH
ist politischer Analyst bei
Persis Media und promoviert
in Politikwissenschaften an
der Universität Lund in

Schweden.

Twitter @MaysamBehravesht

Das uralte Schisma des Islam

Kurz nach seiner Gründung wurde der Islam in zwei Konfessionen unterteilt. Grund war der Streit um die Nachfolge des Propheten Mohammed nach seinem Tod im Jahr 632. Einige seiner Jünger bestanden darauf, dass die Glaubensführung in seiner Familie bleibt. Ihrer Ansicht nach sollte Ali ibn Abi Talib, Mohammeds Schwiegersohn, das Erbe antreten. Andere fanden, Führer solle der sein, der am besten qualifiziert sei. Die Spaltung führte bald zu Gewalt. Aus der ersten Gruppe bildete sich der schiitische, aus der zweiten der sunnitische Islam.

Beide Seiten sprechen einander die Legitimität ab. Einige Sunniten sehen Schiiten sogar als Ungläubige, die den Tod verdienen. Dennoch lebten die Gemeinschaften beider Glaubensrichtungen vielerorts friedlich zusammen. Auch praktizieren beide Konfessionen seit Jahrhunderten meist ungestört die Pilgerfahrt nach Mekka. Natürlich können konfessionelle Unterschiede auch politischen Zwecken dienen.

Die meisten Muslime sind Sunniten, aber im Iran, in Bahrain, Aserbaidschan und im Libanon stellen Schiiten die

Mehrheit. Große schiitische Gemeinschaften gibt es auch im Irak, in Pakistan, Indien und sogar Saudi-Arabien.

Weder der schiitische noch der sunnitische Islam sind monolithische Konfessionen. Es gibt diverse schiitische

Sekten, die wichtigste ist die im Iran vorherrschende Zwölfer-Schia-Sekte. Der sunnitische Islam hat etliche verschiedene Rechtsschulen und den fundamentalistischen Wahhabismus – die Doktrin der Saudis – hervorgebracht. (E+Z/D+C)



Die Kerbala-Schlacht im Jahr 680 zementierte den Unterschied zwischen Schiiten und Sunniten.

Antisemitische Zionisten

Unter den Evangelikalen in den USA gibt es viele christliche Zionisten, die eine starke Verbindung zu Israel haben. Als wichtige Trump-Wähler beeinflussen sie die Außenpolitik des US-Präsidenten, verdrängen zunehmend jüdische Interessengruppen und verbergen dabei ihre antisemitische Ideologie.

Von Jonathan Brenneman

Donald Trump ist von Israel besessen. Einige Experten halten ihn für den israelfreundlichsten Präsidenten in der US-Geschichte. Trump befürwortet praktisch jeden Schritt von Benjamin Netanjahu, obwohl sein israelischer Amtskollege selbst ein sehr umstrittener Politiker ist. Nichtsdestotrotz verlegte Trump die US-Botschaft nach Jerusalem, unterstützt Israels illegale Siedlungspolitik in besetzten Gebieten sowie den Abriss palästinensischer Häuser.

Trump's Sympathie für Israel ist offensichtlich, die Gründe dafür nicht unbedingt. Seit der Staatsgründung Israels war jede US-Regierung israelfreundlich. Das habe mit gemeinsamen geostrategischen Interessen zu tun, sagen manche Analysten. Andere verweisen auf die starke Lobby amerikanischer Juden. Trumps Beziehung zu Netan-

jahu ist deshalb so einmalig bedingungslos, weil es seine Stammwählerschaft so will. Dazu gehören besonders viele christliche Zionisten. Jüdische Amerikaner lehnen Trump dagegen eher ab.

Evangelikale machen rund ein Viertel der Christen in den USA aus. Der christliche Zionismus ist eine Strömung innerhalb dieser theologischen Richtung. Seine Anhänger glauben an die wörtliche Interpretation der Bibel und wünschen sich, dass Israel auf seinem Staatsgebiet alle Juden auf der Welt versammelt, expandiert und muslimische Gebetsstätten zerstört. Das „Heilige Land“ soll schließlich von Nichtjuden ethnisch gesäubert werden. Manche glauben zudem, dass nur so Jesus Christus wiederkäme. Christliche Zionisten unterstützen Israel, aber nicht das Judentum. Allerdings haben Juden in ihrer Ideologie eine nützliche Funktion. „Gute Juden“ gehören nicht zur amerikanischen Gesellschaft, sondern sie wandern nach Israel aus. Ihre Ideologie ist von Antisemitismus geprägt, und Trump selbst verbreitet gern antisemitisches Gedankengut (s. Beitrag von Benjamin Balthasar, S. 31).

So deutlich sprechen christliche Zionisten dies aber nur selten aus. Dennoch haben sie über die Jahre viele antisemitische

Aussagen gemacht. Der bekannte christliche Zionist John Hagee bezeichnete etwa den Holocaust als Akt Gottes, um die Juden „zurück nach Israel“ zu schicken. Außerdem sagte er, Juden seien selbst für die Resentiments gegen sie verantwortlich, weil sie den Jesus nicht als Messias akzeptierten. Sie „säten den Samen des Antisemitismus selbst“ und brächten so für „Jahrhunderte Zerstörung über sich“.

Christliche Zionisten verpflichten sich, Israel zu unterstützen. Wenn sie das tun, wird ihnen ein gesegnetes Leben versprochen, tun sie es nicht, droht ihnen die Verdammung. Sie unterstützen die extremsten rechtsradikalen, rassistischen und kriegsfanatischen Kräfte in Israel und erwarten das auch von ihrer eigenen Regierung.

Laut einer aktuellen Umfrage der christlichen Organisation LifeWay Research befürworten etwa 80 Prozent der Evangelikalen den christlichen Zionismus. Experten schätzen die Zahl christlicher Zionisten auf etwa 30 Millionen. Es geht also nicht nur um ein paar religiöse Fanatiker, sondern um eine sehr einflussreiche politische Bewegung. Der Theologe Robert O. Smith spricht von einem „christlich orientierten, politischen Aktivismus mit dem Ziel, die jüdische Kontrolle über Israel und die palästinensischen Gebiete zu fördern und zu bewahren“.

MÄCHTIGE LOBBY

Etliche Lobbygruppen unterstützen diese Agenda. John Hagee gründete in den 1990er Jahren Christians United for Israel (CUFI), eine Organisation, die inzwischen angeblich sieben Millionen Mitglieder zählt. Die genaue Zahl ist schwer überprüfbar, aber CUFI ist zweifellos die größte proisraelische Lobbygruppe in den USA. Andere mehrheitlich jüdische Organisationen wie das „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) oder „J Street“ kommen dagegen nicht mehr an.

Beim diesjährigen Gipfel in Washington zeigte CUFI ihr wahres politisches Gewicht. Unter den Rednern waren hohe Amtsträger wie Vizepräsident Mike Pence, ein bekennender christlicher Zionist, Außenminister Mike Pompeo und der nationale Sicherheitsberater John Bolton. Ted Cruz, Marco Rubio und andere republikanische Senatoren waren auch anwesend.



Der republikanische Senator Ted Cruz auf der diesjährigen CUFI-Konferenz.

CUFI hat die Lobbymacht jüdischer Organisationen inzwischen klar übertrumpft. Als die amerikanische Botschaft nach Jerusalem verlegt wurde, sprach sich CUFI im Gegensatz zu vielen amerikanischen Juden dafür aus. 2018 befürwortete CUFI auch Netanjahus Nationalstaatsgesetz, das den jüdischen Charakter Israels festschreibt. Die Verfassungsänderung war stark umstritten, weil sie das Prinzip gleichberechtigter Staatsbürgerschaft untergräbt. Viele jüdische Organisationen in den USA lehnten das Gesetz ab. Die Trump-Regierung äußerte sich nicht dazu.

Juden in den USA sind in einer ungünstigen Lage. Ihre Haltung zu Israel ist differenzierter, weil sie nicht automatisch jeden Schritt Netanjahus und jede Forderung der christlichen Zionisten gutheißen. Netanjahu ist auch unter Juden ein umstrittener Politiker, nicht zuletzt weil er kürzlich Neuwahlen einberufen hat, um Korruptionsermittlungen gegen ihn zuvorkommen.

Christliche Zionisten haben inzwischen mehr Einfluss auf die Israel-Politik der USA als die jüdische Gemeinde. Sie haben weder Interesse an friedlichen Lösun-

gen oder Versöhnung, noch legen sie Wert auf die Achtung der Menschenrechte. Liberale politische Parteien sind ihnen zuwider. Wichtig ist ihnen nur die eigene Interpretation biblischer Prophezeiungen.

Sie wissen ihren Antisemitismus gut zu verbergen. Für Muslime haben sie dagegen klare Worte übrig. Ihre Israel-Loyalität hat auch mit ihrem Hass auf Araber und ihre Angst vor ihnen zu tun. Auf der diesjährigen CUFI-Konferenz in Washington wurde das Ausmaß ihrer Islamfeindlichkeit deutlich. Sie schrieben die Flüchtlingskrise in den palästinensischen Gebieten der „mangelnden Aufnahmebereitschaft der arabischen Nationen“ zu; die Schuld an der Ermordung von Kindern durch israelische Soldaten wurde den Palästinensern gegeben, die die Kinder als „menschliche Schutzschilde“ benutzt hätten. Diese islamfeindliche Rhetorik unterscheidet sich kaum von jener nach den Terrorattacken vom 11. September 2001 in New York und in Washington.

Die Öffentlichkeit schenkte christlichen Zionisten bislang wenig Beachtung. Wenn es Gegenwind gab, kam er von Christen selbst. „Die Debatten wurden vorwiegend in christlichen Kreisen geführt“, sagt

der palästinensische Christ Alex Awad. Er gründete „Christ at the Checkpoint“. Seine Gruppe lädt Evangelikale in palästinensische Gebiete ein, um sich selbst ein Bild von den leidvollen Auswirkungen ihres Engagements auf palästinensische Christen zu machen. Christen wie Awad setzen dagegen auf die Liebesbotschaften Jesu.

Langsam wächst aber auch in den USA der Widerstand gegen Trump. Weil sich der Bund zwischen den Evangelikalen und seiner Regierung immer mehr vertieft, geraten Organisationen wie CUFI zunehmend in die Kritik. Inzwischen hat auch die breitere Öffentlichkeit ihre politische Macht erkannt. Während die CUFI-Konferenz im Juni tagte, protestierten Juden, Muslime, Christen und nichtreligiöse Aktivisten und machten so deutlich, dass die Debatte über christliche Zionisten nicht mehr nur Christen angeht.



JONATHAN BRENNEMAN
ist ein amerikanischer Christ
palästinensischer Herkunft.
Der Menschenrechtsaktivist
arbeitet und lebt in Elkhart im

Bundesstaat Indiana.

jonathanbrenneman15@gmail.com

Israel lieben, aber Juden hassen

Die politische Karriere von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu schien zu Ende zu gehen, als dieses e-Paper fertiggestellt wurde, denn er hatte in Wahlen keine Mehrheit gefunden. Aus Sicht vieler fortschrittlicher Juden in Amerika steht seine politische Freundschaft mit US-Präsident Donald Trump für das Unbehagen, das der Staat Israel seit langem bei ihnen auslöst.

Von Benjamin Balthaser

Ein merkwürdiges Bild kursiert seit einigen Jahren in sozialen Medien. Es zeigt Shmuley Boteach, einen charismatischen, rechtsgerichteten, orthodoxen Rabbiner – und zwar lächelnd zusammen mit Steve Bannon, dem früheren Trump-Berater und bekennenden Antisemiten. Die Frage liegt nahe, weshalb

sich ein Rabbi mit jemandem fotografieren lässt, von dem nicht nur bekannt ist, dass er seine Kinder nicht auf „eine Schule mit Juden“ schicken wollte, sondern auch, dass er der Chefredakteur von Breitbart News war. Diese Website ist für rassistischen Nationalismus und antisemitische Verschwörungstheorien bekannt.

Andererseits ließe sich auch fragen, ob dieses Bild eigenartiger ist als die starke Zuneigung der israelischen Regierung zu Donald Trump. Die meisten jüdischen Amerikaner, einschließlich meiner selbst, halten ihn für einen Antisemiten. Er sprach bekanntlich von „sehr feinen Leuten auf beiden Seiten“, nachdem weiße Nationalisten in Charlottesville im Staat Virginia 2017 bei einer Demonstration skandierte hatten: „Juden werden uns nicht verdrängen.“ Ei-

ner von ihnen hatte sogar eine Frau getötet, indem er ein Auto in eine Gruppe von Gegendemonstranten hineinfuhr. Tatsächlich verwendet Trump immer wieder antisemitische Symbole, etwa wenn seine Wahlkampfwerbung politische Gegner neben einem Davidsstern und auf einem Geldhaufen darstellt oder wenn er prominente jüdische Banker und Finanzexperten mit der globalen Finanzkrise von 2008 in Verbindung bringt.

Trotzdem ist Trump in Israel der bislang beliebteste US-Präsident. Das passt zu der ähnlich irritierenden Bereitschaft der israelischen Regierung, Neonazis in der Ukraine zu bewaffnen oder den ungarischen Premierminister Viktor Orbán zu unterstützen, den antisemitischsten gewählten Spitzenpolitiker Europas.

Viele Menschen halten es für etwas gespenstisch Neues, dass Antisemiten Israel lieben (siehe Beitrag von Jonathan Brenneman auf S. 30). Tatsächlich ist aber die Vorstellung, dass Juden nach Palästina gehören, historisch nicht nur eine Idee jü-



Trump und Netanjahu auf einem israelischen Wahlplakat mit dem Text: „Netanjahu, eine andere Liga.“

discher Nationalisten. Vielmehr gehörten christliche Politiker zu den Architekten des Zionismus, und oft lag ihnen daran, Juden fortzuschicken. Der britische Diplomat Lord Balfour stellte im kolonialen Mandatsgebiet Palästina eine jüdische Nation in Aussicht. Er war als Antisemit bekannt. Seiner Meinung nach hatten Juden keine echte Heimat in England, würden sich in Palästina aber als handzahme Partner erweisen, deren Staat das britische Empire nie herausfordern könnte. Für Balfour war nationale Identität eine biologisch bedingte Erfahrung, die christlichen Westeuropäern vorbehalten war.

Der britische Außenminister Ernest Bevin sah die Dinge ähnlich. Er fand, es sei besser, hunderttausende von Juden, die den Völkermord der Nazis überlebt hatten, in Palästina anzusiedeln, als sie ins Vereinigte Königreich oder die USA ziehen zu lassen. Dort hatten viele der Überlebenden Verwandte, sodass sie die beiden Länder als neue Heimat in Betracht zogen. Bevin nahm aber wohl zu Recht an, der Westen werde die Opfer von Krieg und Holocaust nicht willkommen heißen.

Die sozialistische Zeitschrift Jewish Life berichtete in den Nachkriegsjahren,

dass zionistische Aktivisten solche Halbtungen nicht verurteilten, sondern sogar begrüßten. Auch sie wollten Juden nicht erlauben, sich in den USA oder Britannien anzusiedeln.

DOPPELT WIDERLICH

Trump hat kürzlich gesagt, amerikanische Juden seien Israel gegenüber nicht loyal, falls sie israelkritische Kongressabgeordnete wie Ilhan Omar und Rashida Tlaib unterstützten. Das war auf doppelte Weise widerlich. Erstens bestätigte er das unter weißen Nationalisten seit langem kursierende Klischee, dass amerikanische Juden keine wirklich loyalen US-Bürger sind. Zweitens unterstellte er, dass richtige Juden Israel über alles stellten, unabhängig von Parteien und Heimat.

Diese zionistische Position vertritt selbstverständlich auch Benjamin Netanjahu, seit vielen Jahren Israels Regierungschef. Die Diaspora – also die Länder, in denen Juden seit Jahrtausenden leben – ist für ihn ein Ort des Todes. Erst kürzlich sagte er in der Gedenkstätte Yad Vashem, die Juden hätten den Holocaust verdient, denn sie seien schwach gewesen und hätten sich nicht

gewehrt. Aus dieser Sicht geschieht Juden, die sich nicht der Festung Israel anschließen, recht, was immer ihnen widerfahren mag. Bildungsminister Rafael Peretz sagte kürzlich, „angepassten“ Diaspora-Juden in den USA stehe ein „zweiter Holocaust“ bevor. Man fragt sich, ob er das wortwörtlich gemeint hat.

Dem Historiker Enzo Traverso zufolge ging es beim Zionismus ursprünglich darum, Juden den europäischen Nationalisten ähnlicher zu machen, damit sie sich „regenerieren“ könnten. Und wenn das bedeutete, dass sie zur Kolonialmacht werden würden, sei das willkommen gewesen.

Historisch gab es zwar auch zionistische Visionen, die nicht kolonialistisch ausgerichtet waren, aber Israel wurde von rechtsgerichteten Zionisten gegründet. Sie können sich jüdisches Leben nur in einer ethnisch abgegrenzten Nation vorstellen, in der sie sowohl die Mehrheit als auch die herrschende Elite stellen. Sie sind Ethno-Nationalisten. Deshalb sollte es niemanden überraschen, dass Netanjahu und seinesgleichen schlecht über die Juden reden, die nicht in Israel leben oder nicht finden, dass Rasse die Nation definiert. Inzwischen hat sich weißer Rassismus, der historische Feind aller Juden, mit dem einzigen jüdischen Staat verbündet.

Wir Juden gehören aber nicht zu einem einzigen Staat – weder politisch, noch als Bevölkerung. Wir brauchen auch keine Lord Balfours, die uns sagen, wo wir zu Hause sein sollen. Kritik an Israel ist nicht automatisch Kritik an Juden. Wer das gleichsetzt, verwischt den Unterschied zwischen Israel und den Juden, und das ist im Kern antisemitisch. Denn Juden gehören zu den Nationen und Orten, in denen sie leben – so, wie alle anderen Menschen auch.

Leider nimmt der Antisemitismus zu. Elemente der heutigen politischen Realität sind Donald Trump, Victor Orbán, aber auch Massaker in Synagogen. Wer Antisemitismus bekämpfen will, sollte sich gegen Rechtsextreme, aber nicht gegen wohlbe gründete Kriti an Israels Menschenrechtsverletzungen und Besatzungspolitik in Palästina.



BENJAMIN BALTHASER
ist Professor an der
Anglistikfakultät der Indiana
University in South Bend.
bbalthas@iu.edu

Tief empfundene Predigt

Die westliche Öffentlichkeit weiß viel zu wenig über den Islam. Ed Husains Buch „The house of Islam“ enthält wichtige Einsichten. Anders als der Untertitel verspricht, bietet es aber keine umfassende Historie dieser Weltreligion. Wer wenig Kenntnisse mitbringt, sollte sich deshalb nicht ausschließlich auf dieses Werk verlassen. Eine gute Ergänzung ist Karen Armstrongs „Islam – A short history“, das bereits 2000 erschien.

Von Hans Dembowski

Husain erläutert gründlich, weshalb die fundamentalistische Version des sunnitischen Islam, der von saudischen Wahhabiten propagiert wird, eine Perversion des Glaubens ist. Die strikte, wortwörtliche Auslegung des Koran verstellt laut Husain den Blick auf dessen eigentliche Bedeutung und Moral. Der Zweck von Kleidervorschriften sei, ein Gemeinschaftsgefühl unter Gleichen zu kultivieren. Es gehe nicht darum, sich genau so

zu kleiden wie der Prophet und seine Anhänger im siebten Jahrhundert. Die Suren machen auch keine expliziten Kleidungs-vorgaben. Ideologische Kinder des Wahhabismus sind der Salafismus, aber auch der Terrorismus von Al Kaida und ISIS.

Wie Husain ausführt, bietet der Koran Grundregeln für das gesellschaftliche Leben mit weitem Interpretationsspielraum. Das ermögliche die Adaption in verschiedenen Kulturen. Die Flexibilität muslimischen Rechts habe dazu beigetragen, dass die Religion von Marokko bis Indonesien Verbreitung fand. Darüber, wie die Scharia in konkreten Fällen auszulegen sei, hätten islamische Rechtsgelehrte von Anfang an heftig debattiert – wobei rationale Argumentation nicht nur akzeptiert, sondern sogar begrüßt worden sei. Es sei nicht darum gegangen, die Regeln möglichst buchstabengetreu zu verstehen, sondern gutes Zusammenleben zu ermöglichen. Auf dieser historischen Grundlage hält Husain ei-

nen modernisierten, aufgeklärten Islam für möglich.

TOLERANTERE RELIGION

Das christliche Europa hat den Islam nicht als akzeptable Religion anerkannt. Dagegen konnten christliche und jüdische Minderheiten in Nordafrika und dem Nahen Osten Jahrhunderte überdauern. Husain leitet daraus zu Recht ab, dass der Islam die tolerantere Religion war. Er betont, die Gewalt, die heute von ISIS und anderen militanten Organisationen ausgehe, sei nicht typisch für die Art und Weise, wie muslimische Imperien ihre Herrschaft ausübten.

Aus Husains Sicht hat der Wahhabismus zu viel Einfluss gewonnen. Der Extremismus gedeihe einerseits wegen der unkritischen Duldung durch viele Muslime, andererseits aber wegen der vehementen Ablehnung im Westen. Je mehr der Fundamentalismus im Westen kritisiert werde, desto attraktiver erscheine er frustrierten jungen Leuten mit muslimischem Hintergrund. Husain weiß, wovon er spricht. Er ist Brite und hat sich als Jugendlicher für den sunnitischen Islamismus begeistert. Später hat er dann Theologie und Arabisch studiert und vertritt auf dieser Basis heute eine weniger dogmatische Position. Er fordert, Islamgelehrte sollten sich entschiedener gegen den Wahhabismus stellen.

Die verbreitete westliche Ignoranz gegenüber dem Islam hält er für gefährlich. Mangelnde Kenntnis von Religion und Kultur führe erfahrungsgemäß immer wieder zu falscher Politik. Eskalierende Krisen sind die Konsequenz. In seinen Augen könnten die verschiedenen Ableger der Moslembrüder durchaus zu einem Äquivalent europäischer Christdemokraten werden, denn sie berufen sich nicht auf wahhabistischen Rigorismus. Christdemokraten würden die Chancen, die sich daraus ergeben, aber nicht erkennen und folglich auch nicht ergreifen.

FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Tatsächlich agiert Ennahda, der tunesische Zweig der Moslembrüder, mittlerweile als moderat-konservative Partei. Sie hat sich auf Koalitionspolitik eingelassen und die pluralistische Verfassung des Landes akzeptiert. Führende Mitglieder bezeichnen sich als „Moslemdemokraten“. Souad Abderra-



Souad Abderrahim von der islamischen Ennahda-Partei ist die Bürgermeisterin von Tunis.

him, die Bürgermeisterin von Tunis, gehört dazu. Sie ist der lebende Beweis, dass Frauen in islamischen Kontexten durchaus Führungsrollen übernehmen können.

Ob Ennahda sich auf Dauer zum Gegenstück europäischer Christdemokraten entwickelt, bleibt abzuwarten. In der Türkei schien die weltanschaulich verwandte AKP lange einem ähnlichen Kurs zu folgen, ist aber mittlerweile zu einem autoritären Machtapparat mutiert. Leider geht Husain darauf nicht ein.

Richtig ist jedoch, dass westliche Politiker oft nicht wissen, was die verschiede-

turell und linguistisch so homogen wie die arabischen Länder, wie Husain schreibt. Die Voraussetzungen für regionale Integration seien also gegeben. Dennoch sei keine andere Weltregion so rigide in Einzelstaaten fragmentiert.

Der Autor befürwortet die Gründung einer MENA-Union nach Vorbild der EU. Das ist grundsätzlich eine gute Idee, aber Husain sollte auch zugeben, dass seine Vision bislang völlige Utopie ist. Tunesien ist erst seit kurzem eine Demokratie und weiterhin die einzige in einem arabischen Land. Die Gewalt, die Syrien zerreißt, wur-

will. Das ist der wichtigste Grund dafür, dass es bislang keine realistische Aussicht auf eine MENA-Union, wie sie ihm vorschwebt, gibt.

Husain erläutert zwar das historische Schisma zwischen Schiiten und Sunniten, aber er lässt sich auf schiitische Geschichte, Theologie und Kultur nicht weiter ein. Seine Kritik des Wahhabismus ist stimmig, aber zum ebenfalls gefährlichen schiitischen Fundamentalismus schweigt er. Als historische Vergleichsfolien nimmt er die Reiche der Osmanen und Moguln – aber das vergleichbar wichtige, geografisch zwischen ihnen liegende schiitische Herrschaftsgebiet kommt nicht vor.

ANDERE QUELLEN

Husains Buch führt in die Vielschichtigkeit islamisch geprägten Denkens ein, aber Leser sollten sich nicht mit seiner Expertise begnügen. Es ist nicht einmal völlig klar, welche Zielgruppe er erreichen will. In manchen Passagen scheint er andere Muslime zum Engagement gegen den Wahhabismus aufzurufen. Andere lesen sich dagegen eher wie ein Einführungsbuch für nichtmuslimische, westliche Leser. Die erste Aufgabe gelingt ihm recht gut, aber für die zweite wäre eine Analyse aus größerer Distanz nötig.

Eine gute Ergänzung zu „The house of Islam“ ist deshalb Karen Armstrongs „Islam – A short history“. Es erschien im Jahr 2000 und bietet eine gute Übersicht von der Ära des Propheten bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Armstrong erläutert historische Spaltungen und berichtet detailliert, was die großen muslimischen Reiche unterschied. Sie geht auch anders mit Fundamentalismus um als Husain – als ehemalige katholische Nonne interessiert sie dieses Phänomen in allen Religionen, nicht nur im Islam.

Ein Schwachpunkt ihres Buches wiederum ist, dass sie fast gar nicht auf den Wahhabismus eingeht. Das liegt wohl vor allem daran, dass es vor den Terroranschlägen auf New York und Washington vom 11. September 2001 verfasst wurde. Die Täter waren vom Wahhabismus geprägt.

LITERATUR

Husain, E., 2018: *The house of Islam. A global history*. London, Bloomsbury.

Armstrong, K., 2000: *Islam – A short history*. New York, Modern Library Chronicles.



Ölgeld finanziert fundamentalistische Missionare.

nen vom Islam inspirierten politischen Strömungen unterscheidet. Dass das Bündnis westlicher Regierungen mit den Golf-Monarchien dysfunktional ist, wird zu selten erkannt. Die Abhängigkeit von Öllieferungen, so Husain, macht den Westen blind für die aufwieglerisch-destruktive Wirkung wahhabitischer Missionare in traditionell viel toleranteren muslimischen Kulturen. Ohne Ölgeld gäbe es das nicht.

Bedenkenswert ist auch Husains Frage, wie die Welt heute wohl aussähe, hätten die USA, statt an die 2000 Milliarden Dollar in den Krieg gegen Saddam Husseins Irak zu investieren, mit einer ähnlichen Summe Demokratie und Privatwirtschaft in der MENA-Region (Middle East/North Africa) gefördert. Keine andere Weltregion ist kul-

zelt zudem in tiefen konfessionellen und anderen Gräben, die es ähnlich in anderen Länder der Region leider auch gibt.

Husains Buch enthält viele lesenswerte Gedanken. Es ist aber leider weder eine nüchterne Bestandsaufnahme der islamischen Geschichte noch eine sorgfältige Analyse der heutigen Machtverhältnisse in der MENA-Region. Der Autor nennt nicht einmal Quellen für die vielen sozioökonomischen Daten, die er aufführt. Seine Literaturhinweise geben nur Aufschluss über theologisch relevante Quellen.

Letztlich ist Husain ein Gläubiger, der seine Auslegung seiner Religion predigt. Wunschdenken trübt seinen Blick. Die muslimische Welt ist nicht die kohärente Glaubensgemeinschaft, die Husain gern sehen

Bösartige Politik

Mahatma Gandhi führte Indien in die Unabhängigkeit und bezog sich systematisch auf seinen hinduistischen Glauben. Er sprach damit aber auch die religiösen Minderheiten an, denn er hatte die Vision einer inklusiven Nation. Im Gegensatz zu ihm betreibt Premierminister Narendra Modi heute ausgrenzende Politik. Er strebt uneingeschränkte Hindu-Dominanz an. Ein neues Buch analysiert das überzeugend.

Von Hans Dembowski

K. S. Komireddis Buch „Malevolent republic“ ist kürzlich erschienen und wurde vor Modis triumphalem Wahlerfolg vom Mai geschrieben. Seine Partei BJP errang zusammen mit ihren Verbündeten etwa 45 Prozent

Bevölkerung. Das Parlament stimmte dem schnell zu. Kaschmir ist nun kein Bundesstaat mehr, sondern wurde zu einem Unionsgebiet herabgestuft, das weitgehend der Zentralregierung untersteht. Noch mehr Truppen wurden in das ohnehin hoch militarisierte Gebiet geschickt. Bis jetzt ist kein militanter Widerstand ausgebrochen, aber über kurz oder lang dürfte es Gewalt geben.

International kultiviert Modi aber ein ganz anderes Image: das des Wirtschaftsreformers. Selbst in westlichen Entwicklungskreisen halten ihn manche für einen Liberalisierer. Wer das denkt, sollte Komireddis Buch lesen. Es kritisiert Modi auf solide dokumentierter Faktenbasis hart.

Der Journalist schreibt, weder Modi noch sein Kabinett wollten Staat und Wirt-

war damals der Ministerpräsident dieses Bundesstaats.

In dieser Funktion erwarb er seinen Ruf als Wirtschaftsmodernisierer. In der Praxis tat er allerdings kaum mehr, als Investitionsanträge schnell zu bewilligen. Wie Komireddi ausführt, ging die Armut nicht wesentlich zurück. Die sozioökonomischen Daten Gujarats blieben durchschnittlich.

Auch als nationaler Regierungschef hat Modi Reformervorgaben nicht erfüllt. Das größte Desaster war die „Demonetarisierung“. Komireddi widmet dieser Politik der Ungültigmachung der meisten indischen Banknoten im Herbst 2016 ein ganzes Kapitel. Offiziell ging es darum, Korruption und Schwarzgeld zu beenden. Das gelang nicht, aber die Wirtschaft wurde gebremst. Das Alltagsleben von Kleinbauern, Kleinstunternehmern und allen Menschen, die vom informellen Sektor abhängen, wurde schwer beeinträchtigt.

Noch beunruhigender ist allerdings, dass die Hindu-Nationalisten die Unabhängigkeit wichtiger Institutionen wie der Justiz, der Zentralbank und der Wahlbehörde unterhöhlen. Komireddis Belege sind ebenso detailliert wie furchterregend. Er erläutert zudem, wie die Regierung das Militär zunehmend politisiert, während die Massenmedien ihre Wächterrolle weitestgehend aufgegeben haben.

Die Perspektiven sind bedrohlich. Aus Sicht des Autors wird Indien zunehmend zu einem „Fantasieland voller Täuschungen und Trickereien, in dem Brutalität gegen religiöse Minderheiten zu den therapeutischen Maßnahmen einer selbstmitleidigen Mehrheit gehört, deren Hoffnungen auf steigenden Lebensstandard Modi nicht erfüllt“.

„Malevolent republic“ behandelt nicht nur die Modi-Regierung. Der erste Teil des Buches beschäftigt sich damit, was deren politischen Aufstieg ermöglicht hat. Er führt aus, wie die Kongresspartei unter der Führung der Nehru-Gandhi-Dynastie – eine Verwandtschaft mit Mahatma Gandhi besteht nicht – über Jahrzehnte mit unverantwortlicher Amtsführung das Vertrauen der Menschen verspielte. All das ist lesenswert. Aber was Komireddi über Modi schreibt, ist aktuell viel wichtiger.

BUCH

Komireddi, K. S., 2019: Malevolent republic. A short history of the new India. London, Hurst sowie Neu Delhi, Context.



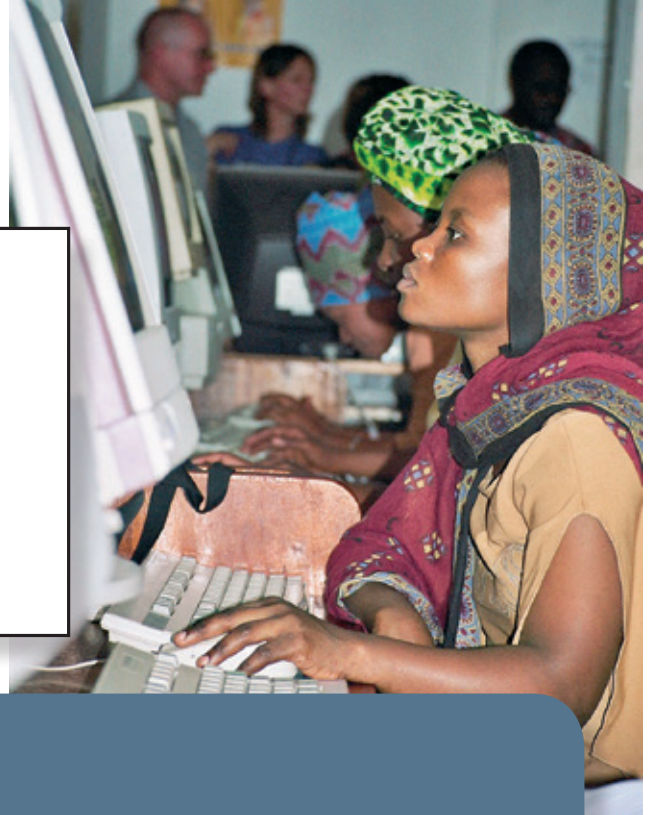
Ob es Modi gefällt oder nicht, das muslimische Erbe Indiens ist nicht zu verleugnen: Der Premierminister hält in Delhis Rotem Fort eine Rede.

der Stimmen und hat nun mehr als die Hälfte der Parlamentssitze.

Im Wahlkampf betonte Modi seinen aggressiven Hindu-Nationalismus, dem seine aktuelle Kaschmirpolitik nun entspricht. Anfang August beendete seine Regierung die Sonderrechte des einzigen Bundesstaats mit überwiegend muslimischer

schaft modernisieren. Ihrem Weltbild zufolge greifen Hindus nun endlich nach Jahrhunderten der Unterdrückung und Verspottung nach einer weltweiten Führungsrolle. Das ist ihr Hauptanliegen, und die blutigen Krawalle in Gujarat zeigten das bereits 2002. Damals starben mehr als 1000 Menschen, mehrheitlich Moslems. Modi

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

POPULIST DELUSIONS

Self-declared "patriot" wants "globalist" help ■ Aktuelles e-Paper



25.09.2019 – von Samir Abi
**Religiöser Pluralismus sichert
sozialen Frieden**
In Afrika hat sich der traditionelle



24.09.2019 – von Carmen Jösch
Amazonasgebiet in Gefahr
Die Brände im Amazonasgebiet haben
Menschen weltweit auf die Bedrohung

Aktuelle Blog-Beiträge

- Preventing poverty
- Tod in Ndola

Folgen Sie uns

